

West Papua

Rundbrief Nr. 29



Wuppertal, Februar 2004



Dieser Rundbrief kann bestellt werden bei:

West-Papua-Koordinationsstelle
c/o Vereinte Evangelische Mission
Postfach 201963
42219 Wuppertal

Rudolfstraße 137, 42285 Wuppertal
Telefon 0202 / 89004-170
Fax 0202 / 89004-179
E-mail west-papua-netz@vemission.org
www.west-papua-netz.de



Vereinte Evangelische Mission
United Evangelical Mission
Mission Évangélique Unie
C/o Postfach 201963, 42219 Wuppertal

Inhaltsverzeichnis

Mitteilungen aus der Koordinationsstelle	2	
Nachrichten, zusammengestellt von Esther Hoffmann	3	
Hilferuf aus Papua – ein Brief von Hermann Saud	7	
Provokationen und Militärationen in Wamena		
Zwei blutige Zusammenstöße (E-Info Nr. 131 vom 11.11.2003)	9	
Papua um den 1. Dezember 2003 (E-Info 132 vom 4.12.03)	12	
Die Pfarrer Obet Komba und Yudas Meage im Gefängnis (E-Info 134 vom 15.12.03)	14	
Chronologie der erneuten Inhaftierung und „Entführung“ der Gefangenen von Wamena (E-Info 137 vom 5.1.2004)	15	
Militär		
Indonesien sucht ausländische Unterstützung	17	
Genozid		
Können wir in Papua von Genozid sprechen? (E-Info 136 vom 16.12.2003)	18	
Milizen in Papua		
Womit hat Papua das verdient? (E-Info 133 vom 5. 12. 2003)	19	
Erneute Bedrohung von Menschenrechtsaktivisten in Papua (E-Info 135 vom 16.12.03)	21	
Sonderautonomie		
Neuere Entwicklungen in Papua – Sonderautonomie – Urteile (E-Info 138 vom 20.1.2004)	22	
Hintergrund		
Papua zum Ende des Jahres 2003 – ein Rückblick von Theo van den Broek	24	
Sehnsucht nach SARS? Wahlen in Indonesien von Uwe Hummel	30	
Aus der Lebensgeschichte von Yosepha Alomang	32	
Aus dem Netzwerk		
Arbeitskreis Vierte Welt Magdeburg – Jahresbericht 2003 von Renate Sattler	39	
Liste der E-Infos		
E-Info 131 vom 11.11.2003	Zwei blutige Zusammenstöße	9
E-Info 132 vom 04.12.2003	Papua um den 1. Dezember 2003	12
E-Info 133 vom 05.12.2003	Womit hat Papua das verdient?	19
E-Info 134 vom 15.12.2003	Die Pfarrer Obet Komba und Yudas Meage im Gefängnis	14
E-Info 135 vom 16.12.2003	Erneute Bedrohung von Menschenrechtsaktivisten in Papua	21
E-Info 136 vom 16.12.2003	Können wir in Papua von Genozid sprechen?	18
E-Info 137 vom 05.01.2004	Chronologie der erneuten Inhaftierung und „Entführung“ der Gefangenen von Wamena	15
E-Info 138 vom 20.01.2004	Neuere Entwicklungen in Papua – Sonderautonomie – Urteile	22

Mitteilungen aus der Koordinationsstelle

Wechsel in der Redaktion des Rundbriefs

Die erste „Rundbrief“ - Nummer des Jahres 2004 ist gleichzeitig die letzte Nummer, für die ich als Koordinator des West-Papua-Netzwerks verantwortlich zeichne. Von Februar 2004 an wird Uwe Hummel die Rundbriefe im Namen des Netzwerks herausgeben. Ich danke allen, die den Rundbrief über Jahre – oder auch erst seit kurzem - abonniert und damit ihr großes Interesse und auch ihre Solidarität mit den Menschen Papuas bekundet haben. Der Rundbrief wird vorläufig wie bisher vier bis fünf Mal im Jahr erscheinen und Ihnen / Euch Aktuelles und Hintergrundinformationen zu Papua übermitteln. Nach wie vor dokumentiert er auch die aktuellen E-Infos, so dass er ein gutes und nützliches Archiv darstellt für das, was in West Papua im Laufe der Jahre geschehen ist.

Zu diesem Heft

Wir möchten besonders hinweisen auf den Jahresrückblick auf das Jahr 2003 von Theo van den Broek. Theo van den Broek ist Direktor des Sekretariats „Gerechtigkeit und Frieden“ (Justitia et Pax) beim Bischof von Jayapura. Er ist einer der besten Kenner der Situation in Papua.

Wir freuen uns, dass wir auch wieder einen Jahresbericht aus dem Kreis der Netzwerk-Mitglieder veröffentlichen können. Die Arbeitskreis Vierte Welt berichtet über eine ganze Reihe von interessanten und wichtigen Aktivitäten zu Papua in Sachsen Anhalt und insbesondere im Raum Magdeburg.

Yosepha Alomang

Kürzlich erschien die Lebensgeschichte von Yosepha Alomang in einem kleinen indonesischen geschriebenen Büchlein, herausgegeben von Dr. Benny Giay und Yafet Kambai. Wir werden in den nächsten Ausgaben des Rundbriefs immer wieder Abschnitte aus diesem Buch bringen. Wir wünschen uns, dass diese außergewöhnliche Frau auch bei uns bekannter wird.

Netzwerk-Jahrestagung und Partnerschaftsseminar

Vom 30. Januar bis zum 1. Februar fand in Ennepetal-Voerde die gemeinsame Tagung von kirchlichen Partnerschaften und anderen Gruppen und Einzelpersonen des Netzwerks statt. Das Thema war „Die Rolle der Frauen in Papua in Familie, Kirche und Gesellschaft.“ Im Rahmen der Tagung wurde ich als Koordinator verabschiedet und Uwe Hummel als Nachfolger vorgestellt. Ein neuer Beirat wurde gewählt und das Jahresprogramm erstellt. Alle Referate, Berichte und Protokolle werden im nächsten Rundbrief veröffentlicht.

Titelbild

Das Titelbild zeigt das Gefängnis von Wamena. Hier wurden die Pfarrer Obet Komba und Yudas Meage mit 11 weiteren Mitgefangenen seit dem 11.12.2004 festgehalten, nachdem sie schon in den Jahren 2000 / 2001 hier mehrere Monate in Untersuchungshaft saßen. Am 21.12. wurden sie plötzlich von hier abgeholt und sollten nach Jakarta gebracht werden.

Siegfried Zöllner

Nachrichten

zusammengestellt von Esther Hoffmann

Gewalt und Zusammenstöße

Anfang November wurde an der Grenze zu Papua Neuguinea (PNG) eine indonesischer Soldat tot aufgefunden. Es wird vermutet, dass sein Tod auf einen Zusammenstoß mit Rebellen im Juni zurückgeht (Jakarta Post, 03.11.03).

Die Spannungen in Papua stiegen erneut, als die Polizei zwei Tage nach einer Gedenkfeier zum zweiten Todestag von Theys Eluay eine Tafel am Ort der Entführung zerstörte. Es habe eine Vereinbarung gegeben, dass die Erinnerungstafel zwei Jahr nach dem Tod abgebaut werden könne, rechtfertigte sich ein Polizeisprecher (Jakarta Post, 14.11.03).

Tod von 14 Personen

Bewaffnete, vermutlich Separatisten, überfielen Anfang November ein Dorf im Distrikt Enarotali. Sie töteten einen Bauarbeiter und entführten 5 weitere. Drei der Entführten wurden drei Tage nach dem Angriff tot aufgefunden. Die Polizei beschuldigte den Rebellenführer Titus Murib des Überfalls. (Jakarta Post, 07.11.03, AP, 04.11.03)

Einen Tag später erschossen indonesische Soldaten der Sondereinheit Kopassus 10 vermutliche Separatisten in der Nähe der Stadt Wamena. Ein großer Teil der Rebellengruppe konnte in den Wald fliehen. Auch Yustinus Murib, Führer einer bewaffneten Gruppe von Unabhängigkeitskämpfern der OPM, wurde getötet.. Die Aktion sollte angeblich einen Überfall auf ein Waffenarsenal verhindern, über den das Militär einen Hinweis bekommen hatte. Bei der Aktion sollen auch einige der im April in Wamena gestohlenen Waffen wiedergefunden worden sein, so ein Militärsprecher (AP, 05.11.03, ABC Radio Australia News 05.11.03, The Age 6.11.03, Jakarta Post, 06.11.03).

Der Tod der 10 Rebellen und die Fotos, auf denen indonesische Soldaten sich mit deren Leichen in Triumphposen zeigen, lösten in den indonesischen Medien Empörung aus. So hieß es in der Jakarta Post, dass solche Bilder selbst im brutalsten aller Kriege nicht tolerabel sei. (Courier mail, 08.11.03).

Die Menschenrechtsorganisation ElSHAM beschuldigte die militärische Sondereinheit Kopassus, die 10 Rebellen getötet zu haben, weil sie Zeugen des Waffenraubs in Wamena im April gewesen seien. Elsham - Sprecher Ronny Tapilatu erklärte, es hätte verhindert werden sollen, dass sie mit dem Untersuchungsausschuss der indonesischen Menschenrechtskommission sprechen, die in diesen Tagen den Zwischenfall untersuchen wird (RNZI, 13.11.03).

1. Dezember

Die indonesische Regierung verbot Gedenkfeiern zum 1. Dezember, dem Tag der Unabhängigkeitsproklamation von 1961. Das Militär wird um diesen Tag herum in Alarmbereitschaft versetzt. Im Vorfeld des ersten Dezember bestanden erneut Befürchtungen vor Gewaltprovokationen, vor allem, nachdem bekannt wurde, dass der aus Osttimor berühmte Milizenführer Eurico Guterres auch in Papua Milizengruppe aufbauen will. (Laksamana.net, 29.11.03, (ABC, 10.11.03).

Die Polizei nahm Ende November in Manokwari über 40 Personen fest, die vor einer Radiostation und einer Grundschule die West-Melanesische Flagge "14 Sterne" gehisst hatten. Sie wurden von der Polizei verhört. Sieben von ihnen sollen nun wegen Landesverrat angeklagt werden, so ein Polizeisprecher. Am ersten Dezember kam es zu einer Flaggenhissung durch eine Gruppe von mehreren hundert Personen, es gab jedoch keine Berichte über Gewalt. Die Unabhängigkeitsfahne wurde nach 3 Stunden von der Polizei abgenommen. Vier Papuastudenten wurden in Java wegen einer Flaggenhissung verhaftet (BBC, 01.12.03, Jakarta Post, 27.11.03, 29.11.03, ABC, 04.12.03).

Aceh

Die indonesische Regierung verlängerte Anfang November das Kriegsrecht in der Unruheprovinz Aceh, Nordsumatra, um weitere 6 Monate. Das Kriegsrecht soll monatlich geprüft werden. Der indonesischen Menschenrechtskommission Komnas HAM sind bislang 316 zivile Todesopfer bekannt (taz, 07.11.03).

Nachrichten

Militär

In einem Dekret, das zurzeit verabschiedet wird, wird dem Geheimdienst BIN ein Zuwachs an Kompetenzen zugestanden. BIN sollte dann Büros in allen Provinzen, Bezirken und Gemeinden eröffnen können. Befürchtet werden mehr Überwachung und Unterdrückung (Jakarta Post, 08.01.04).

Täter aus Osttimor in Ämtern in Papua

Eurico Guterres, ein berüchtigter Milizenführer aus Osttimor, will in Papua eine neue Miliz aufbauen. Guterres wurde von einem Gericht in Jakarta wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen in Osttimor im Jahre 1999 zu 10 Jahren Haft verurteilt und befindet sich nun im Berufungsverfahren. Er hat nach Informationen der Menschenrechtsorganisation Elsham bereits eine Gruppe von ca. 200 Anhängern aufgebaut und bewirbt sich um die offizielle Anerkennung als "Bürgerwehr". Nach Protesten der Bevölkerung wurde der Plan zunächst verschoben. (South China Morning Post, 02.12.03, Jakarta Post, 10.12.03).

Am ersten Dezember kündigte ein Polizeisprecher an, dass Timbul Silaen, früher Polizeichef in Ost-Timor, in Papua Polizeichef wird. Silaen wurde wegen der schweren Übergriffe in Osttimor von 1999 vor einem indonesischen Gericht angeklagt und freigesprochen. Vor einem Gericht in Osttimor wird er ebenfalls angeklagt. Menschenrechtsorganisationen und die Menschenrechtskommission Komnas HAM verurteilten diesen Schritt (The Age, Melbourne, 02.12.03).

Neuinhaftierung und "Entführung" von politischen Gefangenen

Anfang Dezember wurden überraschend Rev. Yudas Meage und Rev. Obed Komba und weitere 11 Personen festgenommen. Alle waren schon 2001 zu Haftstrafen verurteilt worden. Die Verurteilten hatten ihre Strafen in "Stadtarrest" verbüßen können, bei einigen ist die Strafzeit bereits abgelaufen. Ende Dezember sollten sie heimlich nach Jakarta gebracht werden. Wegen zahlreicher Proteste wurde der Transport verschoben (Brunei Bulletin, 22.12.03, Jakarta Post, 23.12.03).

Verurteilung

Mitte Januar wurden sieben Personen zu Strafen zwischen 20 Jahren Haft und lebenslänglich verurteilt, weil sie beschuldigt werden, an dem Waffenraub in Wamena im April vergangenen Jahres beteiligt gewesen zu sein. Die im gleichen Fall angeklagten Militärangehörigen waren zu Strafen zwischen 6 und 14 Monaten verurteilt worden. (ABC Radio, 15.01.03)

Menschenrechte

Anfang November wurde in Makassar, Sulawesi, ein Menschenrechtsgerichtshof errichtet, der Folter und Mord an Studenten in Abepura im Jahre 2000 gerichtlich klären soll. Zwei hohe Polizeibeamte sind wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen angeklagt. Wann die Verfahren eröffnet werden, ist allerdings noch offen (Jakarta Post, 06.11.03).

Die Menschenrechtskommission Komnas HAM stellte bei ihren Untersuchungen in Wamena Menschenrechtsverletzungen fest, die während einer Militäroperation zum Auffinden gestohlener Waffen geschahen. Dabei hätten mindestens 7 Zivilpersonen den Tod gefunden, 48 Menschen wurden gefoltert und 48 verhaftet. 7000 Menschen flohen vor den Militärs aus ihrem Wohnort. Der regionale Militärführer von Papua, Zainal, warf Komnas HAM vor, sie sei inkonsistent, denn sie wolle weitere Untersuchungen durchführen, obwohl seine Seite bereits gegenüber der Kommission Aufklärung gegeben habe. Ein ad-hoc-Team von Komnas HAM reiste Mitte Januar erneut nach Papua, um die Geschehnisse in Wamena zu untersuchen. Auf der Agenda von Komnas Ham steht auch die Militäroperation in Wasior 2001. Damals waren bei einem Überfall auf einen Polizeiposten fünf Polizisten und ein Zivilist ums Leben gekommen (Antara, 14.11.03, 15.11.03, Jakarta Post, 10.01.04).

Der Überfall bei Freeport/Militärhilfe aus USA

Die Blockade der militärischen Zusammenarbeit durch den US-Senat (vgl. voriger Rundbrief) wurde von der indonesischen Regierung heruntergespielt. Die Bush-Regierung sei sehr an der Verbesserung der bilateralen Verbindungen interessiert, so ein Sprecher des indonesischen Außenministeriums. Das indonesische Militär wird beschuldigt, an einem Überfall auf Freeport-Mitarbeiter im August 2002 beteiligt gewesen zu sein. Militärische Zusammenarbeit wird nun von einer unabhängigen Untersuchung der Vorfalles abhängig gemacht. Mitte Dezember besuchten FBI-Agenten, die sich vorher über Behinderungen ihrer Arbeit beklag

Nachrichten

hatten, ein drittes Mal die Stadt Timika. Diesmal sollte es ihnen erlaubt sein, auch Soldaten zu befragen (Reuters, 31.10.03, ABC, 16.12.2003).

Der indonesische Militärführer Sutarto erklärte im November, das Militär wolle Einsätze zur Bewachung von Freeport und anderen Großunternehmen beenden. Die Soldaten seien keine Söldner, die von Unternehmen bezahlt würden. Sein Vorschlag hänge nicht mit der US-Entscheidung zur Zurückhaltung der Militärhilfe zusammen. Sicherheitsminister Yudhoyono unterstützt den Vorschlag zum Stopp der Bewachung von Wirtschaftsunternehmen durch das Militär. (in verschiedenen Kommentaren wird eine Drohgebärde gegen die US-Regierung vor dem Hintergrund der islamisch-fundamentalistischen Terroranschläge in Indonesien vermutet, E.H.) (AFP, 10.11.03, Laksamana.net, 13.11.03).

Für Aufsehen sorgte Armeechef Rymizard Ryacudu mit seiner Warnung, dass eine "ausländische Verschwörung" zu dem Verlust von Aceh und Papua führen könne. Die Feinde von Indonesien würden die Kritik an Menschenrechtsverletzungen als Kriegsgrund suchen. Indonesien könne auseinander brechen, wenn UN und bestimmte Länder in das Land kämen, um die Anschuldigungen zu überprüfen. Er hatte bereits vorher vor den Zehntausenden von Ausländern in Indonesien gewarnt (IslamOnline.net, 06.01.04).

Unabhängig von dem blockierten Militärlieferpaket trainieren die USA eine Spezialeinheit der indonesischen Polizei. Es handelt sich um ein Pilotprogramm mit dem Ziel, eine 400 Kopf starke Anti-Terrorismus-Einheit aufzubauen, die für Bombenangriffe, Geiselnahmen, usw. zuständig ist. Die Einheit soll neben anderen Waffen auch mit Heckler und Koch - Gewehren ausgestattet werden (The Far Eastern Economic Review, 06.11.03).

Erdgas-Projekt in Tangguh

Die Unternehmensgruppe GE Oil & Gas (Italien), ein Teil der US-Gruppe GE Power Systems, wird für das Tangguh-Projekt Gas-Kompressoren liefern. Die Turbinen werden in den USA und Italien hergestellt (Business Wire, 30.10.03).

Die Südkoreanische Gesellschaft Kogas plant die Abnahme von bis zu 1 Mio. Tonnen Erdgas pro Jahr von Indonesien. Ein Verkaufsabkommen über 500 Mio. t Erdgas wurde auch zwischen BP und der US-Gesellschaft Sempra Energy (SRE) geschlossen (Jakarta Post, 31.10.03, Dow Jones, 19.12.03)

BP begrüßte die Ankündigung des Militärs, die Bewachung ausländischer Wirtschaftsunternehmen aufzugeben (vgl. Nachrichten in diesem Rundbrief, E.H.). Das Unternehmen arbeitet schon lange an einem Plan, der eigene Sicherheitskräfte vorsieht. Der lokalen Militärkommandeur Simbolon war im vergangenen Jahr inmitten von Beschuldigungen, das Militär sei an dem Anschlag gegen Freeport-Mitarbeiter beteiligt gewesen, nach Jakarta abgezogen worden. Menschenrechtsaktivisten hatten ihm vorgeworfen, seine Soldaten hätten damit Protektionsgeld von Freeport sichem wollen. Simbolon hatte auch versucht, auf BP Druck auszuüben (Laksamana.net, 16.11.03).

Waldschutz

Die Umweltorganisation Forest Watch Indonesia hat Holzschmugglern vorgeworfen, trotz eines Exportverbotes jährlich 10-13 Mio. Kubikmeter Holz aus Papua zu exportieren. Papua habe mit zunehmendem Schmuggel zu rechnen, nachdem andere Provinzen schon ausgebeutet seien. Das Militär, eigentlich verantwortlich für die Unterbindung des Schmuggels, sei selbst stark daran beteiligt. Ein Plan, lokalen Gemeinschaften Holzkonzessionen für ihr Land zu vergeben, sei von lokalen Militärkommandeuren übernommen worden, die die Forstrechte der lokalen Landbesitzer zu niedrigen Preisen kaufen oder an Aufkäufer aus Übersee vermitteln (RNZI, 17.11.03).

Freeport

Nach dem Erdbeben am 9. Oktober mit 8 Toten ordnete die indonesische Regierung eine Untersuchung an. Zwischenergebnissen zufolge geht der Unfall auf die Vernachlässigung der Sicherheit in der Grube zurück, so eine Regierungssprecher im November. Das Management war von Arbeitern gewarnt worden, habe aber nicht reagiert. Freeport - Chef James Moffet erklärte, der Unfall sei nicht vorhersehbar gewesen. Die Regierung genehmigte Anfang Dezember die Wiederaufnahme der Operation. Am 12. Dezember kam es im gleichen Grubenabschnitt erneut zu einem Erdbeben ohne Opfer. Freeport MacMoRan kündigte darauf an, seine kurzfristigen Abbauraten zu überprüfen. (DowJones, 03.11.03, 10.11.03, AP, 12.11.03, BayouBuzz.com, 18.12.03).

Nachrichten

Zwei Freeport-Arbeiter erstickten Ende November an einem unerwarteten Austritt von Schwefel in einem Tunnel. Solche Unfälle würden normalerweise nicht gemeldet, so ein Freeport-Sprecher, man habe sich doch vor dem Hintergrund des Erdbebens im Oktober dafür entschieden. (Dow Jones Newswires, 01.12.03)

Teilung Papuas und Besondere Autonomie

Eine Anzahl von Abgeordneten des indonesischen Parlamentes protestierten im November in einem Plenumstreffen, weil ihre Reden mit Vorschlägen zur Änderung des Gesetzes 45/1999, das die Teilung von Papua betrifft, nicht angekündigt wurden. Dies sei gegen die Regeln des Parlaments, so der Golkar-Abgeordnete Ruben Gobay. (Jakarta Post, 11.11.03).

Trotz ungelösten Streits um die Teilung Papuas wurde Mitte November der neue Gouverneur von West Irian Jaya vereidigt. Es handelt sich um den Brigadiergeneral i. R. Abraham Octavianus Atururi. Atururi war bereits unter der Regierung Habibie eingeführt worden. Die Einsetzung von Atururi würde gegen geltendes Recht verstoßen, so ein Mitglied der Demokratieorganisation ICS (Institute for Civil Strengthening) aus Jakarta. Das Autonomiegesetz erfordere die Partizipation des noch zu schaffenden MRP (Papuan People's Assembly) (Jakarta Post, 15.11.03, 16.11.03).

Die Regierung plant eine Revision der Gesetze zur Teilung Papuas und zur Besonderen Autonomie und bereitet einen Entwurf zur Schaffung des Papuan People's Assembly MRP vor. Mit der Revision soll die Schaffung der Provinz West-Irian-Jaya legitimiert werden. Demnach soll eine Provinz, die vor der Einrichtung des MRP geschaffen wird, auch nicht dessen Zustimmung erfordern (Jakarta Post, 19.11.03).

Ungefähr 1000 Papuas forderten nach einem 2-tägigen Kongress eine zügige Umsetzung der Einrichtung eines Papua-Rates MPR. Das Gesetz zur Teilung Papuas in drei Provinzen solle zurückgenommen werden. An dem Kongress hatten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen Papuas teilgenommen. Reverend Socrates Sofyan Yoman erklärte, eine glaubhafte Umsetzung der Besonderen Autonomie sei eine Alternative für die Träume über die Unabhängigkeit. Die Teilnehmerin Paula Makabori nannte eine Besondere Autonomie ohne eine Volksvertretung sinnlos. Nach dem Gesetz über die Besondere Autonomie besitzt die Vertretung entscheidende politische Funktionen für die Entscheidung über Entwicklungsstrategien und die Zukunft Papuas. Bislang wurde dieses Gremium noch nicht geschaffen und die ursprünglich politische Rolle wird von der Zentralregierung überdacht. Das Gesetz über die Teilung Papuas widerspricht dem Sonder-Autonomie-Gesetz (Jakarta Post, 18.12.03).

Soziales

Ungefähr 800 Papuas demonstrierten Ende Oktober für die Verbesserung der Gesundheitsdienste Ostindonesiens. Elang Oasis, Direktor des Research Institution and Socialization of Health, eines Rechtshilfeinstituts für Gesundheitsangelegenheiten, erklärte, es sei dringend eine Verbesserung der AIDS-Behandlung notwendig. Er forderte insbesondere Transparenz bei der Verwendung zusätzlicher Mittel für die Gesundheitsvorsorge. Hier seien große Summen unzweckmäßig verwendet worden (Tempo Interactive, 29.10.03).

In dem neuen indonesischen Gesundheitssystem SKN soll die Behandlung von Armen sichergestellt werden. Der Direktor der Public Health-Behörde erklärte, die Kosten für eine freie Behandlung der armen Bevölkerung würden vom Community Health Improvement Program (UKM) getragen. In jedem Distrikt sollen Community Health Center eingerichtet werden (Jakarta Post, 04.11.03).

Zusammen mit Guatemala und Serbien-Montenegro gehört Indonesien zu den Ländern mit den schlechtesten Bedingungen für Obdachlose und Slumbewohner. Das Zentrum für Wohnrechte und Vertreibung (COHRE) nannte die drei Länder als diejenigen, die Wohnrechte am stärksten missachteten. Indonesien wurde wegen zahlreicher Landvertreibungen und auch wegen wohnungsrelevanter Verbrechen in Papua und Aceh für den "Wohnrechtsverletzer-Preis" ausgewählt (Nzoom.com, 05.11.03).

Sonstiges

Einer der Attentäter auf das Marriot-Hotel in Jakarta soll nach Ost-Indonesien geflüchtet sein. Der Assistent des Chef der Polizei von Papua sagte, dass auch in Papua Posten an zentralen Orten wie Flughäfen stationiert seien, um den Mann ggf. festzunehmen. (Timika Pos, 04.11.03)

Machenschaften von Militär und Polizei in Bezug auf Papua und die Instrumentalisierung der Kommission 1 des Nationalparlamentes.

(ein persönlicher Hilferuf von Herman Saud, Präsident der Evangelischen Kirche in Papua, an Siegfried Zöllner)

Lieber Herr Zöllner,
Friedenswünsche aus dem Lande der Papua!

Ein Artikel in der örtlichen Tageszeitung *Cenderawasih Pos* in Jayapura, vom Freitag den 23. Januar, brachte allen Papua eine sehr erschreckende Nachricht. Es handelt sich um einen Bericht über die Ergebnisse einer Sitzung der Kommission 1 des Nationalparlamentes in Jakarta, in dem der Vorschlag unterbreitet wird, schnellstens den zivilen und den militärischen Ausnahmezustand über Papua zu verhängen, da die Sicherheitslage daselbst zu großer Sorge veranlasse. Die Spaltung der Nation stünde kurz bevor.

Dieser Bericht ist äußerst lügenhaft. Man kann ihn nur vor dem Hintergrund von Machenschaften bzw. Intrigen¹ verstehen, da die Lage in Papua momentan gerade einmal sehr sicher und ruhig ist. Dies muss wirklich auf eine politische Konspiration im Vorfeld der Wahlen hinweisen. Man will in Papua genau wie in Aceh einen Ausnahmezustand inszenieren, sodass Militär und Polizei, sowie einige politische Eliten in Jakarta einen Vorteil davon haben. In Aceh hat das nämlich bereits große Vorteile für das Militär und die Polizei (TNI/POLRI) aufgewiesen. Diese Machenschaften werden absichtlich seitens des Militärs angeregt, sodass es im Wahlbudget mitbedacht wird. Bisher wird nämlich nur die Polizei bedacht, welche aber auf Unterstützung von Seiten des Militär angewiesen ist.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, zusammen mit allen Freunden, denen die Bewahrung der Menschlichkeit in Papua am Herzen liegt, etwas zu unternehmen. Rufen Sie allerseits zu Protesten auf für die Menschen von Papua, die von Ausrottung bedroht sind in ihrem eigenen Land. Wenden Sie sich an die Kirchen, die Nichtregierungsorganisationen und die Regierungen, einschließlich der deutschen Regierung. Sie mögen der indonesischen Regierung raten mit diesen Machenschaften aufzuhören und nicht weiterhin ihr eigenes Volk zu töten. Es betrifft die Menschen von Papua, Aceh, den Molukken und Poso.

Ich meine, dass die Regierungen der Europäischen Union, Amerika, und Australien den schwachen Gruppen in der Dritten Welt, einschließlich Indonesiens, beistehen sollten. Denn, wenn man weiterhin tatenlos zusieht, werden die Menschen der kleinen Völker, wie wir in Papua, Aceh, Poso und den Molukken in Kürze aussterben. In Indonesien gibt es ein heimliches Verschwörungsprogramm von Leuten aus Java, dem radikalen Islam und dem Militär, welches darauf abzielt, die anderen Völker und Religionen zu vernichten. Meines Erachtens müssten die Kirchen und Nichtregierungsorganisationen in den fortgeschrittenen Ländern sich wirklich hart bemühen uns zu helfen. Dies kann geschehen, indem man seine Regierung drängt, die indonesische Regierung zu mahnen ihr eigenes Volk nicht zu töten, bloß um den Geschäften der Generäle und Konglomeraten zu nützen. Ich weiß, dass das schwierig ist, aber in Ihren Ländern haben sie ziemlich viel Freiheit um etwas zu unternehmen, im Gegensatz zur Dritten Welt, wie bei uns in Indonesien.

Wir Papuas und die anderen Einwohner von Papua haben überhaupt nicht das Gefühl, dass es hier nicht sicher sei. Papua ist sehr sicher. Aber Papua ist nicht sicher, wenn die Machenschaften Jakartas Erfolg haben. Diese Kommission 1 des Nationalparlamentes hat Papua mit ihren Vorschlägen zur Teilung schon ins Chaos getrieben; Vorschläge, die überhaupt keine Grundlage haben. Ein Ausnahmezustand wird den Gebieten in den oben genannten 4 Provinzen, die bereits unruhig gemacht worden sind, nichts nützen.

¹ Der Begriff „Rekayasa“ (Engl. engineering) kann mit Machenschaften oder Intrige übersetzt werden (U.H.).

Hilferuf aus Papua

So weit meine Information an Sie. Bitte leiten Sie es an solche Kreise weiter, denen etwas an der Menschlichkeit in dieser Welt, vor allem aber in Indonesien, gelegen ist. Das schließt natürlich auch uns in Papua ein.

Obwohl Sie bereits mit Ihrer Aufgabe für Papua aufgehört haben, bitte ich Sie um Ihre Hilfe. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Hilfe. Ihnen, unserem Vater, unserer Mutter und den anderen Geschwistern zollen wir Papua unseren Respekt und wünschen Ihnen Frieden.

Herman

Übersetzung aus dem Indonesischen durch Uwe Hummel

Provokationen und Militäraktionen in Wamena

E-Info Nr. 131 vom 11.11.2003

Zwei blutige Zusammenstöße in Papua

In der letzten Woche wurde Papua erschüttert von zwei blutigen Zusammenstößen, die vielen Menschen das Leben und die Gesundheit kostete.

Überfall auf Bautrupp

Am Montag, dem 3. 11.2003 überfiel eine Gruppe bewaffneter Unbekannter im Dorf Ugimba im Kreis Sugape / Regierungsbezirk Paniai (bei Enarotali) einen Bautrupp, der Regierungsgebäude und eine Schule errichtete. Um fünf Uhr in der Frühe wurden die Handwerker im Schlaf überrascht. Einige Berichte sagen, dass es vier Tote gegeben habe, andere sprechen nur von Verwundeten. Nach den letzten Berichten werden immer noch einige Handwerker vermisst. Sie sind wahrscheinlich bei dem Überfall geflüchtet und halten sich versteckt - oder sie sind von den Angreifern entführt worden. Die Verwundeten wurden mit einer Cessna nach Nabire geflogen und dort in das Krankenhaus eingeliefert. Da die Berichte aus Ugimba nur per Sprechfunkgerät bzw. Satellitentelefon weitergegeben wurden, ist die widersprüchliche Berichterstattung in den Zeitungen erklärlich. Man vermutet, dass die Unbekannten der Bewegung Freies Papua (OPM) angehören und im Besitz von Schusswaffen sind. Aus Jayapura sollen zehn Angehörige der Mobilien Brigade der Polizei zur Verstärkung in den Bezirk Paniai entsandt worden sein, damit die Suche nach den Tätern intensiviert werden kann.

Militäroperation in Wamena

Am Mittwoch, dem 5. 11. 2003 wurde etwa 15 km westlich von Wamena im Dorf Yalengga (Tiluk Manda) im Kreis Bolakme eine Militäraktion durchgeführt. Zehn Personen wurden erschossen, und zwar

Yustinus Murib (40, der Kommandant)
Awanino (Ohalinom) Tabuni (50)
Yosep Gombo (30)
Kenesius (Penius) Wandikbo (20)
Samuel Tabuni alias Naek Telenggen (17)
Ner Murib (35)
Panokulik (Fanohok) Wandikbo (35)
Yanggewi (Senggewe) Murib (50)
Atius Murib (35)
Justinus Murib (40) (möglich, dass es einen zweiten Justinus Murib gab)

Verletzt wurden Itinus Murib (35), Jigi Jigibalom (50), Urius Jikwa (6). Sie werden im Krankenhaus Wamena behandelt. Sie sollen vor Gericht gestellt werden.

Der Leiter der Operation, Leutnant Col. Gustav Agus Irianto, berichtete, dass er eine geheime Mitteilung erhalten haben, dass sich die Gruppe Yustinus Murib im Dorf Yalengga aufhalte und dass sie plane, Wamena anzugreifen, um gegen die umstrittene Wiederwahl David Hubis zum Bupati zu protestieren. Nachdem er die Information geprüft habe, habe er eine zu absoluter Verschwiegenheit verpflichtete Einheit von 49 Soldaten zusammengestellt und sei am Abend des 4.11. mit zwei Lastwagen in Richtung Yalengga gefahren. In der Nacht habe man das Dorf umstellt und am frühen Morgen angegriffen. Man habe erst geschossen, nachdem die Angegriffenen zuerst geschossen hätten. Daher habe man keine Menschenrechtsverletzung begangen. Die Militärs fanden im Dorf Yalengga Schusswaffen und Munition, die zu den im April in Wamena gestohlenen Waffen gehören sollen.

Die beiden verwundeten Gefangenen erzählten jedoch, dass Yustinus Murib sofort den Befehl zur Flucht gegeben habe, als er merkte, dass Soldaten in der Nähe waren. Immerhin müssen etwa 20 Männer entkommen sein, denn die Gruppe Murib soll etwa 30 Mann stark gewesen sein.

Provokationen und Militäraktionen in Wamena

Petrus Ell von der Menschenrechtsorganisation Kontras in Jayapura kritisierte die Militäraktion. Eine solche geheime Kommandoaktion verletze die Regeln. Die Bevölkerung müsse vorher gewarnt werden und die Zivilregierung müsse zustimmen. Manuel Mulait, der Vorsitzende der Studentenvereinigung der Hochlandstudenten (KMPJ = Komunitas Mahasiswa/Pelajar Jayawijaya), kritisierte ebenfalls den Einsatz des Militärs als unverhältnismäßig. Auch der Gouverneur J.P. Salosa nahm Stellung. Er rief dazu auf, dass bei solchen Aktionen keine Zivilpersonen verletzt oder getötet werden dürften. Es gibt Berichte, nach denen ein Teil der Getöteten Zivilisten gewesen sein sollen, die nichts mit der Gruppe um Yustinus Murib zu tun gehabt hätten. (sz)

(Quellen: Kompas, vom 6. u. 10. November 2003, Suara Pembaruan vom 06. November 2003 u.a.)

Provokationen und Militäraktionen in Wamena



Am 5. November 2003 wurde 15 km westlich von Wamena zehn Personen von indonesischen Militärs erschossen. Sie sollen der Befreiungsorganisation OPM angehört haben. Ihren Anführer Yustinus Murib präsentierten die Soldaten den Pressefotografen wie eine Jagdtrophäe. Bilder von den Leichen der Erschossenen wurden in den indonesischen Zeitungen veröffentlicht. Allerdings distanzieren sich einige indonesische Zeitungen von dieser Art der Berichterstattung - und auch von der Art, wie das Militär seine Aktionen zur Schau stellt.

NOVEMBER 003
ran, Jayapura Rp. 3.000,-

Cenderawasin PO

Harian pertama dan terbesar di Papua

TPN yang Tewas

1. Yustinus Murib (40)
2. Oha Linom Tabur
3. Yosop Gombo (31)
4. Penius Wandikpo
5. Naek Telerogen
6. Ner Murib (35 tal)
7. Fano Hak Wandik
8. Justinus Murib (4)
9. Arius murib (35 t)

LWA TEMBAR (MIL)

1. IJinus Murib(35),
2. Jigi Balom(30)
3. Urius Jikwa(5)

mbilan TPN/OPM yang ditembak mati oleh TNI dalam operasi di Desa Yalengga, Distrik Bolakme, Kabupaten Jayawijaya, Rabu dini hari kemarin. Di antara sembilan korban itu yang tengah (brewok) b...
itu yang diduga sebagai pimpinan mereka.

TNI Tembak Mati 9 TP

Dua Lagi Ditangkap Dalam Kondisi Terluka, Satu Bocah 6 Tahun Berhasil diselamatkan

WAMENA-Kalau di Pariari yang jadi ban masyarakat sipil akibat ditembak N/OPM (Cepos 5/11), maka di Jaya-aya Rabu dinihari kemarin seekikinya mbilan TPN/OPM ditembak mati oleh L. Selain menembak mati, TNI juga hasil menangkap dua lagi dalam kon-floka tembak. Selain itu seorang bocah usia enam tahun berhasil diselamatkan.

Arius Murib (35 tahun). Sementara dua orang anggota TPN yang mengalami luka luka dan rasib hidup masing-masing Inaus Murib(35), Jigi Balom(50). Sedang yang diselamatkan Urius Jikwa (6).

Komandan Kodim 1702/01wy, Letkol Inf Gustav Agus Irianto K kepada Cenderawasin Pos menjelaskan, penggorebkan terhadap kelompok TPN/OPM pimpinan

nian pihak TNI, karena mereka yang men-bawa njuh senjata sblu pasca penyempitan terhadap Kodim Jayawijaya pada 6 April lalu.

Adapun kronologis penyerangan itu menurut Dandim Jayawijaya, diundi Ra-bu dini hari sekitar pukul 01.00 WIT, Operasi ini dipimpin langsung oleh Dan-dim 1702/01wy Letkol INF Gustav Agus Irianto.K.

Selain Dandim juga ada Kepala Staf Kodim (Kasdim) Mayor Inf Irianto, Du-nyon 310/KK Letkol Inf Herman D, Kap-ten Inf Rohayce dari satuan Kopassus serta Kapotres AKBP/Des Agriani Makhul SAI.

Selain para perwira menengah itu, da-lam penyerangan itu Dandim juga me-

E-Info Nr. 132 vom 3. Dezember 2003

Papua um den 1. Dezember 2003

Der 1. Dezember gilt für alle Papua als Unabhängigkeitstag, weil am 1. Dezember 1961 der Neuguinea-Rat gewählt und eingesetzt wurde und die Niederlande damit den Prozess zu einem unabhängigen Westpapua einleiteten. Der Tag war in den vergangenen Jahren immer Anlass zu Demonstrationen und manchmal auch zu blutigen Zusammenstößen.

Einige Tage vor dem 1. Dezember 2003 hatten die Provinzregierung zusammen mit der Polizei- und Militärführung jede öffentliche Feier und vor allem das Hissen der Morgensternflagge, dem Symbol der Unabhängigkeit, untersagt. Merkwürdigerweise hatte jedoch der Innenminister Feiern im kleinen Rahmen zugestanden, nachträglich hat er aber jedem, der die Flagge gehisst hat, drakonische Strafen angedroht. Solche widersprüchlichen Signale der Regierung trugen zur Verunsicherung der Bevölkerung bei. Wie in den früheren Jahren wurden Polizei und Armee in Bereitschaft gesetzt. So schüchterten sie durch ihre demonstrative Präsenz potenzielle Demonstranten ein.

Schon am 27. November hatten in Manokwari etwa 50 Personen die Morgensternflagge gehisst. Das Datum bezieht sich auf eine Unabhängigkeitserklärung Papuas durch Michael Kareth am 27. November 1997 in Port Moresby (PNG). Die Polizei nahm diese Gruppe fest und ermittelte sieben „Täter“, die wegen Landesverrat vor Gericht gestellt werden sollen. Die sieben sind JOHAKIM MENCI, CARLOS YUMAME, FERI KORAIM, ISHAK TOWANSIBA, YANSEN INDEN, HANS MANDACAN und APROS LUTHER IBA TOWANSIBA. Diese Personen sitzen bis heute im Gefängnis von Manokwari, ohne dass bisher Anklage erhoben wurde. Laut Gesetz ist eine Gefängnisstrafe von bis zu Lebenslänglich möglich. Der ganze Vorfall schüchterte die Bevölkerung Manokwaris so ein, dass hier an den folgenden Tagen nichts geschah.

In Jayapura konzentrierte sich die Demonstration auf das Haus des ermordeten Theys Eluay in Sentani. Um sechs Uhr in der Frühe wurde die Morgensternflagge gehisst, etwa 500 Personen hatten sich zu einem Gottesdienst versammelt. Gegen acht Uhr trafen die Sicherheitskräfte ein, holten die Flagge herunter und hissten die indonesische Flagge. Immer wieder sollen die Soldaten ihre Waffen auf die Versammelten gerichtet und gerufen haben: „Verschwindet hier, euer Gebet ist leeres Geschwätz, wer nicht weggeht, den erschießen wir!“ Die Sicherheitskräfte riegelten den Komplex ab, von Festnahmen ist nicht berichtet worden.

In Serui (Insel Yapen) kam es zu tödlichen Zwischenfällen. Am Sonntag, dem 30. November hatte eine Gruppe von etwa 300 Personen ca. 6 km außerhalb Serui's demonstriert und aus bisher ungeklärten Motiven einen Soldaten mit Messerstichen schwer verwundet. Es gab Berichte, nach denen die Täter schwarz gekleidet waren und ihre Gesichter mit Holzkohle verschmiert hatten. Es wurde Militär eingeflogen, das dann eine Anzahl von Dörfern in der Umgebung des Tatortes auf der Suche nach den Tätern durchkämmte. Dabei wurde Septimus Nuboba festgenommen und bei einem Fluchtversuch erschossen.

Erinnerungsgottesdienste fanden unter anderem in den Städten Fakfak, Sorong, Biak und Nabire statt. In Semarang auf Jawa demonstrierten ca. 130 Studenten aus Papua. Sie ließen mit roten, blauen und weißen Luftballons die Morgensternflagge in die Luft fliegen. In einer Erklärung forderten sie

- den Abzug der indonesischen Armee aus Papua,
- die Rücknahme der Aufteilung in drei Provinzen,
- einen nationalen Dialog zur Klärung des politischen Status von Papua,
- Abschaffung der „Doppelfunktion“ der Armee,
- und die Rückgabe der Unabhängigkeit.

Auch in Papua gab es eine Studentenversammlung, und zwar am 30. November 2003. Die Podiumsdiskussion stand unter dem Thema „Warum Papua unabhängig werden will“. An der

Provokationen und Militäraktionen in Wamena

Veranstaltung nahmen etwa 500 Studenten teil. Die Organisatoren sagten, es handele sich um eine rein akademische Veranstaltung. Sie verabschiedeten eine Erklärung, in der es heißt:

1. Der 1. Dezember ist ein Tag, an dem die Papua sich ihrer Rechte und der herrschenden Ungerechtigkeit erinnern. Die Feier dieses Tages ist ihr demokratisches Recht.
2. Die Integration in den indonesischen Staat seit 1969 hat zu Menschenrechtsverletzungen und dem Verlust der Identität der Papua geführt.
3. Es gibt keinen Zwang, am 1. Dezember die Morgensternflagge zu hissen, aber jeder hat das Recht und die Freiheit zu wählen und damit die Regierung zu einem Dialog zu drängen.
4. Die Studenten sehen die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Untersuchung der Vorgänge, die zur Integration Papuas in die Republik Indonesien geführt haben. Die Untersuchung soll durch die staatliche Universität vorgenommen werden.
5. Die Regierung möge mit der Bevölkerung Papuas einen friedlichen Dialog führen, um die Konflikte zu beenden.
6. Die Regierung möge die ambivalente und provokante Politik einstellen, die sich gezeigt hat in den Äußerungen zum 1. Dezember, in der unklaren Haltung zur Sonderautonomie und in der Aufteilung der Provinz in drei Provinzen. Diese Politik habe zu vielen Opfern unter der Bevölkerung geführt.
7. Die Regierung möge vor, während und nach dem 1. Dezember 2003 keine repressiven Maßnahmen vornehmen.

Die Erklärung wurde von 18 Studentenfürhern unterschrieben.

In London demonstrierte eine kleine Gruppe vor der Indonesischen Botschaft, hisste die Morgensternflagge und zwei Transparente mit den Worten FREE WEST PAPUA und WEST PAPUA INDEPENDENCE DAY und überreichte eine Petition. In Washington fand eine Veranstaltung statt mit Dr. Benny Giay und Octavianus Mote, zu der Politiker eingeladen waren. (sz)

E-Info 134 vom 15.12.2003

Die Pfarrer Yudas Meage und Obet Komba im Gefängnis

Am 11.12.2003 verfügte der Staatsanwalt des Bezirksgerichtes Wamena, dass die im März 2001 zu langen Gefängnisstrafen verurteilten Pfarrer Yudas Meage und Obet Komba und mit ihnen 18 weitere Verurteilte jetzt ihre Strafe antreten müssen. Von den 20 damals Verurteilten waren 13 in dem schwer bewachten Gerichtsgebäude erschienen. Sie wurden unmittelbar in das Gefängnis Wamena überführt. Die überraschende Entscheidung sei getroffen worden, weil das Höchste Gericht in Jakarta (Makamah Agung) die Berufung abgelehnt habe, so der Staatsanwalt Hadi Purwoto SH. Er ist erst seit zwei Monaten in Wamena im Amt. (Quelle: Cenderawasih Pos vom 12.12.2003)

Die „Gefangenen von Wamena“, wie wir sie früher genannt haben, waren verurteilt worden, weil sie im Verdacht standen, Drahtzieher der blutigen Zusammenstöße am 6. Oktober 2000 in Wamena gewesen zu sein. Damals waren mehr als 30 Personen getötet worden, unter ihnen Angehörige der Sicherheitskräfte und Zivilisten. Die Zusammenstöße waren ausgelöst worden, weil der Polizeichef von Wamena angeordnet hatte, die Morgensternflaggen, die an mehreren Stellen im Stadtgebiet gehisst waren, gewaltsam zu entfernen. Der Befehl damals stand im Widerspruch zu einer Vereinbarung des Präsidiums des Papuarates mit den indonesischen Behörden, nach der die Flaggen spätestens am 19. Oktober 2000 von den Papua selbst eingeholt werden würden. Der damalige Präsident Indonesiens Abdurrahman Wahid hatte das Hissen der Morgensternflagge neben der indonesischen Flagge erlaubt. Gewissen Kreisen in Indonesien lag damals an der bewussten Provokation und am Herbeiführen von Konflikten, um den Präsidenten in Schwierigkeiten zu bringen. So ist der eigentlich unverständliche und unverantwortliche Befehl des damaligen Polizeichefs zu erklären, der unter anderem auch in der Jakarta Post heftig kritisiert wurde.

Weit über 100 Personen wurden damals verhaftet und z.T. auf unmenschliche Weise gefoltert. Da man keine Täter fassen konnte, wurden die Personen vor Gericht gestellt, die man unter den Flaggenmasten festgenommen hatte. Sie bekamen Strafen von durchschnittlich zwei Jahren Gefängnis. Als sog. Drahtzieher wurden fünf Mitglieder des Präsidiums des Papuarates festgenommen, und zwar die Pfarrer Obet Komba und Yudas Meage, die Regierungsbeamten Murjono Murib und Yafet Yelemaken und Frau Amelia Jigibalom. Obwohl diese als anerkannte Führer der Dani nachweislich verhindert hatten, dass es zu einem viel größeren Blutbad kam, wurden sie zu durchschnittlich vier Jahren Gefängnis verurteilt. Da sie in Berufung gingen, brauchten sie – wie auch die andern „Gefangenen von Wamena“ ihre Strafe nicht antreten, hatten aber Haus- bzw. Stadtarrest. Yafet Yelemaken starb im Sommer 2002 auf mysteriöse Weise. Angehörige vermuten, dass er vergiftet wurde.

Die Verurteilung der „Gefangenen von Wamena“ hatte zu internationalen Protesten und Briefaktionen geführt, u.a. von Amnesty International.

Beobachter vermuten, dass die neuerlichen Festnahmen drei Jahre nach der Freilassung eine Folge der verschärften Politik Jakartas gegenüber den sogenannten Separatisten in Papua und gegenüber jeglicher Opposition gegen die Regierung in Indonesien ist. Die Bildung von Kampftruppen in Timika durch den berüchtigten Milizenführer Eurico Guterres, die Ernennung des umstrittenen Polizeichefs von Osttimor, Timbul Silaen, zum Polizeipräsidenten in Papua, die Geheimdienstoperationen gegen Menschenrechtsgruppen und Mitglieder des Präsidiums des Papuarates kennzeichnen eine bewusste und systematische Verschärfung der Situation. Da die Papua noch immer mehrheitlich die Kampagne „Papua – Land des Friedens“ unterstützen, gibt es eigentlich keinen Grund, die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung in Gefahr zu sehen. Die Gefährdung von Ruhe und Ordnung kommt von denen, die bewusst provozieren, weil sie ein Interesse daran haben, Papua zu einem nationalen Unruheherd hoch zu stilisieren. (sz)

E-Info Nr. 137 vom 5.1.2004

Chronologie der erneuten Inhaftierung und „Entführung“ der Gefangenen von Wamena.

Am 11. Dezember 2003 ließ der Staatsanwalt des Bezirksgerichts Wamena 13 Papuaführer inhaftieren, die im März 2001 zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, sich inzwischen aber frei bewegen konnten. Angeblich hatte er einen Brief des höchsten Gerichtes in Jakarta, dass die Verurteilten die noch verbleibende Gefängnisstrafe absitzen sollten. Den Rechtsanwälten der Verurteilten (Alberth Rumbekwam, Alloysius Renwarin, Anum Siregar) konnte er jedoch einen solchen Brief nicht vorlegen.

Am 21. Dezember 2003 wurden die Verurteilten plötzlich abgeholt und zum Flugplatz gebracht. Ihnen wurde mitgeteilt, dass sie nach Jakarta verlegt würden. Begleitet wurden sie vom stellvertretende Polizeichef von Wamena, Kris Mailoa, und einem Mitarbeiter des Gefängnisses Wamena. Bei einem Zwischenstop auf dem Flugplatz Sentani in Jayapura erfuhren die Rechtsanwälte und die Kirchen durch Zufall von der Verlegung.

Sie fragten den stellvertretende Polizeichef nach einem schriftlichen Auftrag oder einem Begleitbrief. Doch dieser konnte keinen Brief vorlegen. Die beiden offiziellen Begleiter behaupteten, dass das Oberste Gericht in Jakarta die Verlegung nach Jakarta angeordnet habe. Sie hätten nur den mündlichen Auftrag, die Gefangenen nach Jakarta zu begleiten.

Die Rechtsanwälte wandten sich in aller Eile an die zuständigen Behörden. Es zeigte sich, dass weder der Staatsanwalt noch das Gericht – auf Provinzebene – etwas von der Verlegung wussten. Allerdings seien diese auch nicht zuständig, zuständig sei das Justizministerium, auf Provinzebene das Departement für Justiz. Die Anwälte wandten sich an den Leiter des Departements für Justiz, M.B. Aronggear. Dieser erklärte in einem längeren Gespräch, dass er von dem Plan einer Verlegung nur mündlich erfahren habe, dass seine Behörde nicht gefragt und auch keine Zustimmung gegeben habe. Im Gespräch sagte er: „Ich habe die Sorge, dass diese Sache von einer ganz bestimmten Seite aus geht.“ Seiner Meinung nach sei die Verlegung rechtswidrig. Er ordnete zunächst eine Inhaftierung in Jayapura an und stoppte die Verlegung nach Jakarta.

Während dessen (21. Dezember 15.00 Uhr) sprachen in Wamena die Familien der „Entführten“ mit dem Adjudanten des Regierungspräsidenten (Bupati), Rusli. Rusli sagte, die Anordnung einer Überstellung nach Jakarta sei vom Geheimdienst BIN gekommen. Die Verurteilten hätten weiterhin auf ein unabhängiges Papua hingearbeitet. Sie sollten in Jakarta verhört werden.

Auf telefonische Nachfrage beim Obersten Gericht in Jakarta erklärte Muhammad Saleh vom Sekretariat des Gerichts, dass das Gericht keine Anweisung zu einer Verlegung der Gefangenen nach Jakarta gegeben habe. Er bestätigte damit auch die Meinung der Behörden in Jayapura und der Rechtsanwälte, dass das Gericht keine Befugnis habe, eine Verlegung anzuordnen. Dies sei ausschließlich Sache des Strafvollzugs (Departement der Justiz).

Auch der Polizeipräsident Timbul Silaen, der sich am 21. Dezember in Jakarta befand, gab auf telefonische Nachfrage Auskunft, dass er nichts von einer Verlegung wisse. Er sagte, eine Verlegung sei nur möglich, wenn die Familien und die Rechtsanwälte der Gefangenen informiert würden. Wörtlich sagte er: „Was hier geschieht, verletzt die Vorschriften“.

Die Rechtsanwälte Alberth Rumbekwam und Anum Siregar kamen aufgrund ihrer Recherchen zu dem Schluss, dass hier eindeutig und wohl mit Absicht mehrere Vorschriften und Gesetze missachtet wurden. Daher könne man von „Entführung“ sprechen.

Provokationen und Militäraktionen in Wamena

Zurzeit sind die Gefangenen im Gefängnis Abepura (Jayapura) inhaftiert. Die Überstellung nach Jakarta ist zunächst auf Januar 2004 verschoben. Dies gibt den Rechtsanwälten Zeit, die Rechtslage endgültig zu klären und ggf. Einspruch zu erheben. Es scheint, dass eine Reihe von Vorschriften übergangen und Gesetze und Zuständigkeiten missachtet wurden.

Es besteht ohnehin die Frage, ob die meisten Gefangenen nicht längst ihre Strafe abgesessen haben. Denn die Gefängnisstrafe wurde ja in „Stadtarrest“ umgewandelt. Untersuchungshaft plus Stadtarrest ergibt inzwischen drei volle Jahre (November 2000 bis Dezember 2003)

Die Gefangenen:

Pdt. Obeth Komba (4 Jahre Gefängnis)
Pdt. Yudas Meage (4 Jahre Gefängnis)
Sudirman Pagawak (3 Jahre und 6 Monate Gefängnis)
Yohakim Huby (2 Jahre Gefängnis)
Timanus Kogoya (2 Jahre Gefängnis)
Joel Wenda (2 Jahre Gefängnis)
Harry Kosay (2 Jahre Gefängnis)
Edi Mariam (2 Jahre Gefängnis)
Frans Huby (2 Jahre Gefängnis)
Agus Sorabut (2 Jahre Gefängnis)
Murjono Murip (4 Jahre Gefängnis)
Ishak Wenda (1 Jahre und 9 Monate Gefängnis)

Zu der Gruppe gehört noch als einzige Frau Amelia Jigibalom, die zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde und nach heftigsten Protesten in Wamena bleiben durfte.

Indonesien sucht ausländische Unterstützung für den Kampf in Aceh und Papua

von Kurniawan Hari, Jakarta

Der Generalsekretär des indonesischen Verteidigungsministeriums, Suprihadi, sagte, dass sein Ministerium die Regierungen in Europa und den USA gebeten habe, keine separatistischen Bewegungen und Gruppen in Indonesien zu unterstützen. Sein Ministerium habe ebenfalls indonesische Vertretungen im Ausland in gleicher Sache um Unterstützung gebeten und eine bessere Koordination vorgenommen.

„Wir treten an Parlamentarier der EU und an Kongressmitglieder in den USA heran, und bitten sie, diese Separatisten nicht zu unterstützen, denn einige von ihnen tun das.“ Dies sagte er in einem Hearing in der Kommission I des indonesischen Parlaments, die für Verteidigung und Sicherheit zuständig ist.

Zuvor hatten Abgeordnete sich besorgt geäußert über zunehmende Aktivitäten der separatistischen Gruppen von Aceh und Papua im Ausland, wo sie internationale Unterstützung suchen.

Präsidentin Megawati hatte gesagt, dass es einige Länder gebe, die aktiv separatistische Bewegungen in Indonesien unterstützen.

Suprihadi sprach im Blick auf die gemeinsamen Aktivitäten der Separatisten in Aceh und Papua von der „Achse Aceh-Papua“. Sein Ministerium habe die internationale Gemeinschaft informiert über die Haltung, die Indonesien einnimmt, um mit dem Separatismus in Aceh und Papua fertig zu werden. Sein Ministerium werde fortfahren, sowohl im Inland wie im Ausland einen Dialog zu führen mit Politiker, Wissenschaftlern und Gruppen, die nicht der Regierung angehören,

Er werde versuchen, ausländische Regierungen davon zu überzeugen, dass die Verlängerung des Ausnahmezustandes in Aceh eine günstige Situation im Vorfeld der Wahlen von 2004 geschaffen habe.

Er sagte, dass den Truppen in Aceh Helikopter fehlten, daher könnten sie die Guerillas nicht wie erforderlich bekämpfen. Er spielte damit an auf den Misserfolg (poor performance) der Truppen in Aceh bei der Bekämpfung der Separatisten.

In Aceh sind 18 Helikopter zur Unterstützung der Truppen stationiert, und zwar 8 Bell, 3 Puma und 7 Bolco.

Der indonesische Militärchef General Endriartono Sutarto hatte letzte Woche gesagt, dass Libyen versprochen habe, Indonesien mit militärischer Ausrüstung zum Kampf gegen Acenesische Rebellen zu helfen. Libyen würde ebenfalls eine Reihe von Ausbildern und Instruktoren entsenden, um der indonesischen Armee zu helfen.

Einige der Rebellenführer in Aceh sollen ihre militärische Ausbildung in Libyen erhalten habe. Doch in einem Gespräch Megawatis mit Präsident Moammar Gaddafi im August 2003 habe dieser den Verdacht zurückgewiesen.

E-Info Nr. 136 vom 16.12.2003

Können wir in Papua von Genozid sprechen?

Die *Yale Law School* (Hochschule für Rechtswissenschaft) in New Haven / USA hat im November eine Studie fertig gestellt, die untersucht, ob der Begriff Genozid auf die Menschenrechtsverletzungen der letzten 40 Jahre in Papua / Indonesien angewandt werden kann. Die Studie wurde von einer Forschungsgruppe der *Allard K.Lowenstein International Human Rights Clinic*, einer Abteilung der Hochschule durchgeführt.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass das historische und derzeit vorliegende Material...

“strongly suggests that the Indonesian government has committed proscribed acts with the intent to destroy the West Papuans . . . in violation of the 1948 Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide.”

„Das vorliegende Material legt nahe, dass die indonesische Regierung Maßnahmen durchgeführt hat mit der Absicht, die West-Papua zu zerstören...womit sie die Konvention zur Verhinderung und Bestrafung von Genozid von 1948 verletzt hat.“

Die Studie hat zwei Hauptteile. Teil I bietet eine chronologische Darstellung der Menschenrechtsverletzungen in Papua von 1963 bis heute. Dabei werden allerdings nur englischsprachige Quellen berücksichtigt. Teil II untersucht die Frage, inwieweit das Gesetz gegen Genozid auf West Papua angewendet werden kann. Teil II setzt sich also mit Rechtsfragen und Gesetzesinterpretation auseinander. Die Studie hat 77 Seiten und liegt zur Zeit nur in elektronischer Form vor.

An mehreren Stellen der Studie wird geschlossen, dass Indonesien in Papua „Lebensbedingungen geschaffen hat, die als Ganzes genommen darauf gerichtet sind, die Papuabevölkerung zu zerstören. Die Handlungen erfüllen den Tatbestand von Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“

Leider liegt noch keine Kurzfassung der Studie vor. Die Studie sollte zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Die *Yale Law School* (Hochschule für Rechtswissenschaft) ist eine der renommiertesten Hochschulen der USA. Daher wird die Studie in den USA – auch in Kreisen der Administration und des Kongresses – Beachtung finden. (sz)

E-Info Nr. 133 vom 5. 12. 2003

Womit hat Papua das verdient?

Zwei Hauptverantwortliche für die Massaker in Osttimor 1999
bekommen freie Hand in Papua.

Im November meldete die Zeitung Radar Timika in Papua die Gründung eines Zweiges der „Front zur Verteidigung von Rotweiß“ (FPMP). Zunächst ahnte niemand, was hinter dieser Organisation steckte, sprachen die Gründer doch von einer nationalen Jugendorganisation. Wer jedoch die Zeitungsmeldung genau las, erfuhr, dass die Gründung im Hauptquartier des Militärs stattfand. Was hat das Militär mit einer Jugendorganisation zu tun? Eingeweihte wussten aber bereits, welcher Name sich hinter der „Front zur Verteidigung von Rotweiß“ verbarg: Eurico Guterres, wegen Menschenrechtsverletzungen in Osttimor zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Bald tauchte auch die Kopie eines Briefes des Guterres auf, mit dem er die Gründung der „Front“ in Timika anordnete. Recherchen einiger Nichtregierungsorganisationen ergaben, dass er seinen Mittelsmännern in Timika ein militärisches Training in Java zusagte und ihnen dann Waffen „für den Kampf in Papua“ angeboten hatte. Anmeldeformulare wurden in Timika verteilt, angeblich sollen sich schon einige Hundert registriert haben, meistens Osttimoresen, die pro-indonesisch eingestellt waren und nach der Unabhängigkeit Osttimors nach Papua geflohen waren. Die zuständigen Regierungsbehörden, Polizei und Militär erhielten eine Durchschrift des Briefes. Eine Genehmigung zur Gründung der Organisation brauchte Guterres offensichtlich nicht, schließlich hatte er ja die volle Unterstützung der Militärführung.

Eurico Guterres war der Milizenführer im Osttimor des Jahres 1999. Er war der Handlanger der Generäle, die 1999 eine Politik der verbrannten Erde beschlossen hatten - für den Fall, dass bei dem von der UNO im August 1999 durchgeführten Referendum die Befürworter der Unabhängigkeit eine Mehrheit erhalten würden. Guterres befahl die Milizen, die vor und nach dem Referendum schreckliche Massaker an der Zivilbevölkerung ausübten, vor allem an denjenigen, die sich für die Unabhängigkeit ausgesprochen hatten. Seine Milizen wüteten mit Billigung der indonesischen Polizei und des Militärs. Erst als Truppen der UNO eingriffen, floh Guterres nach Jakarta. Dort wurde er im August 2003 als einer der Hauptverantwortlichen vor den Ad-Hoc-Gerichtshof gestellt und von indonesischen Richtern zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Da seine Anwälte Berufung einlegten, brauchte er die Gefängnisstrafe noch nicht antreten. Ob es jemals zu einer Berufungsverhandlung kommen wird? Ein Testfall für die Glaubwürdigkeit der indonesischen Justiz.

Doch in Papua gibt es ja noch einen unabhängigen Polizeipräsidenten, der sich nicht von Leuten wie Guterres auf der Nase herumtanzen lassen möchte, den Brigadiergeneral Budi Utomo. Er hat erst vor einem Jahr seinen Dienst angetreten als Nachfolger des in mancher Hinsicht sehr erfolgreichen Balinesen Made Mangku Pastika. Budi Utomo war zwar nicht gefragt worden, ob er die Gründung der „Front zur Verteidigung von Rotweiß“ genehmigt. Doch er äußerte sich dazu. Er sagte, er werde die Ziele dieser Gruppe gründlich prüfen. Nur wenn sie das friedliche Zusammenleben in Papua förderten, werde er die Gründung der Gruppe genehmigen. Ob ihm bewusst war, mit wem er sich da anlegte? Kaum hatte er sich so geäußert – da war er schon nicht mehr Polizeipräsident von Papua, sondern nach Kalimantan versetzt worden. Sein Nachfolger wurde ein alter Freund Guterres' aus den Tagen in Osttimor, Timbul Silaen.

Nicht nur Osttimor waren sich die beiden begegnet, sondern auch vor dem Ad-hoc-Gericht in Jakarta. Timbul Silaen war in Osttimor 1998 /1999 Polizeipräsident. Er hatte in den kritischen Wochen im August 1999 8 – 9000 Polizeikräfte unter sich, aber es gelang ihm nicht, die Lage unter Kontrolle zu halten. Das Gericht hatte darüber zu befinden, ob er bestimmte Massaker in Dili hätte verhindern können, oder ob er bewusst, durch Nichtstun – oder durch Unfähigkeit? – dazu beigetragen hatte, dass immer wieder Menschen ermordet wurden. Er war z.B. verantwortlich für den Schutz des Amtssitzes des bekannten Bischofs Belo in Dili, hat aber nichts gegen die marodierenden Milizen des Guterres unternommen, die den Amtssitz verwüsteten. Als es nicht mehr anders ging, schickte er einen Hubschrauber, um Bischof Belo zu evakuieren. Das Gericht konnte oder wollte ihm keine böse

Milizen in Papua

Absicht unterstellen und sprach ihn frei. Das Buch „Masters of Terror“ beschreibt ausführlich die Rolle, die Guterres und auch Silaen in Osttimor 1999 gespielt haben.

Die Führung in Jakarta hat ausgerechnet den 1. Dezember 2003, den heimlichen „Unabhängigkeitstag der Papua“, gewählt um die Ernennung bekannt zu geben, ein Signal, eine Drohung – oder Teil eines längst festgelegten Plans, den Frieden in Papua zu zerstören.

Und noch eine Nuance ist bemerkenswert, die in den bisherigen Kommentaren und Nachrichten noch nicht erwähnt wurde. Laut § 48,5 des Gesetzes über die Sonderautonomie der Provinz Papua kann ein Polizeipräsident nur ernannt werden, wenn der Gouverneur zustimmt. In keiner der Nachrichten wurde erwähnt, dass der Gouverneur gefragt wurde – geschweige denn dass er zugestimmt habe. Schon bei der Ernennung von Budi Utomo war der Gouverneur nicht informiert worden. Hier hat die Regierung wieder einmal gezeigt, was sie von der Sonderautonomie für Papua hält – gar nichts. (sz)

E-Info 135 vom 16.12.2003

Erneute Bedrohung von Menschenrechtsaktivisten in Papua

Menschenrechtsaktivisten in Papua erhielten von ihren Freunden und Counterparts in Jakarta die Nachricht, dass die neu gebildeten Milizen des aus seiner Zeit in Osttimor berühmten Eurico Guterres in Papua den besonderen Auftrag hätten, gegen NGOs vorzugehen. Auch die Mitglieder des Präsidiums des Papuarates seien ihre Zielpersonen.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass in Papua sogenannte „Verbundenen Geheimdiensteinheiten“ (SGI – Satuan Gabungan Intelejen) gebildet werden. Auch diese Einheiten waren 1999 in Osttimor präsent und arbeiteten dort mit den Milizen Guterres' und dem Polizeichef Timbul Silaen zusammen.

Die SGI hat ihre Zentrale im Ortsteil Polimak in Jayapura. Sie soll bereits 350 Beamte und Mitarbeiter umfassen. Am Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember 2003, besuchten einige Geheimdienstmitarbeiter das Büro der Menschenrechtsorganisation Elsham. Sie behaupteten, sie hätten gehört, vor dem Büro von Elsham werde heute (10.12.2003) die Morgensternflagge zusammen mit der UNO-Flagge gehisst. Dies war natürlich nur ein Vorwand, dort zu erscheinen. Die Elsham-Mitarbeiter sehen den unangenehmen Besuch als Teil einer Strategie der Einschüchterung und des Psychoterrors an.

Einige Mitglieder des Präsidiums des Papuarates erzählten unabhängig von einander, dass sie auf Schritt und Tritt von Unbekannten begleitet und beschattet würden. Einer von ihnen – Kaleb Onesimus Imbiri (28) – Vertreter der Studentenschaft im Präsidium - wurde am 6.12. 2003 früh morgens tot an einer Straßenkreuzung in Jayapura aufgefunden. Er hatte einen Schlag mit einem harten Gegenstand erhalten. Seiner Familie hatte er seit einiger Zeit erzählt, dass er von Unbekannten beschattet und verfolgt werde. (Quelle: ElshamNewsService vom 8. Dezember 2003)

Inzwischen soll der Militärführer (Panglima) Papuas, Nurdin Zainal, geäußert haben, dass er die Bildung von Milizen durch Guterres nicht erlauben werde. Guterres soll seine Leute in Timika zurückgepfiffen haben. Die Zeit sei noch nicht reif, ließ der Milizenchef sich vernehmen. Es ist zurzeit schwer zu bewerten, was für die Öffentlichkeit gesagt wird und was sich wirklich hinter den Kulissen abspielt. (Quellen: The Jakarta Post, 10. Dezember 2003)

Neuere Entwicklungen in Papua - Sonderautonomie - Urteile

1. Sonderautonomie

Das Provinzparlament (DPRD) in Jayapura führte am 15. und 16. Dezember 2003 eine sogenannte „große Sitzung“ (Rapat Akbar) zur Frage der Durchführung der Sonderautonomie – Gesetz Nr. 22/2001 - durch. Vertreter von Bezirksparlamenten, Frauenorganisationen, Stammes- und Kirchenführern, Intellektuellen und Jugend aus allen Regionen der Provinz - fast tausend Personen - waren angereist. Die Versammlung stellte einmütig fest, dass von einer Verwirklichung des Autonomiegesetzes noch keine Rede sein kann. Es wurden vor allem zwei Punkte diskutiert: (1) Der Volksrat der Papua (Majelis Rakyat Papua), die im Gesetz vorgesehene „Zweite Kammer“, die die besonderen Belange der Papuabevölkerung vertreten und eine wichtige Rolle bei der Gesetzgebung spielen soll und (2) der Präsidentenerlass zur Aufteilung der Provinz Papua in drei Provinzen.

Zum Volksrat stellte die Versammlung fest, dass die indonesische Regierung die Einsetzung des Rates bisher verhindert habe und forderte die sofortige Einsetzung entsprechend dem seit dem 1.1.2002 gültigen Gesetz. Zur Aufteilung Papuas in drei Provinzen forderte die Versammlung die Aufhebung des alten Gesetzes 45/1999, auf das sich der Präsidentenerlass noch beruft. Dies Gesetz war schon unmittelbar nach seinem in Kraft treten 1999 vom Provinzparlament und der Bevölkerung in Papua abgelehnt worden. Durch das Autonomiegesetz wurde es im Grunde bedeutungslos, da dieses eine Prozedur zur Aufteilung in mehrere Provinzen neu vorgegeben hat.

Einer der Redner der Versammlung, der Pfarrer Socrates Sofyan Yoman, sagte: „Das Autonomiegesetz sollte ein politischer Kompromis sein zwischen dem Volk der Papua und der Zentralregierung. Wir haben uns bereit erklärt, die Autonomie zu akzeptieren, obwohl wir dafür einen großen Preis gezahlt haben. Wir mussten unsere Träume von einer Unabhängigkeit aufgeben. Es wird höchste Zeit für die Regierung, das Gesetz ernsthaft in der ganzen Provinz durchzuführen. Wir hoffen, dass dadurch unsere verloren gegangene Menschenwürde wiederhergestellt werden kann“.

Eine andere Rednerin, Frau Abina Wasanggi, stellte der indonesischen Regierung ein Ultimatum: „Wenn unsere Empfehlungen nicht beachtet werden, dann müssen wir auch die internationale Gemeinschaft in den Dialog einbeziehen, damit die Probleme hier gelöst werden können.“

John Ibo, der Vorsitzende des Provinzparlaments erklärte, dass er die Empfehlungen der Versammlung an die Regierung weiterleiten werde. Er hoffe, dass diese die Stimmungen und Wünsche in der Bevölkerung positiv zur Kenntnis nehmen werde. (Quelle: Jakarta Post vom 18.12.2003)

Inzwischen hat das Provinzparlament (DPRD) Verfassungsbeschwerde beim neu eingerichteten indonesischen Verfassungsgericht (Mahkamah Konstitusi) eingelegt. Das Gericht wird gebeten, das Gesetz Nr. 45 aus dem Jahr 1999 zu überprüfen. Das Verfassungsgericht unter seinem Präsidenten Jimly Assidiqui hat zugesagt, den Sachverhalt sorgfältig zu prüfen. Eine Entscheidung wird noch erwartet. Der Vorsitzende des Provinzparlaments John Ibo, der die Beschwerde eingereicht hat, wird unterstützt von einem „Team zur Verteidigung der Sonderautonomie in Papua“, dessen Vorsitzender der Menschenrechtler Bambang Wijajanto ist (Quelle MIOL – MI/O-1)

2. Drakonische Strafen für Waffendiebe von Wamena

Sieben Zivilisten aus Wamena wurden am 12., 13. und am 15. Januar 2004 vom Bezirksgericht Wamena zu schwersten Strafen verurteilt: drei von ihnen erhielten lebenslänglich, vier erhielten 20 Jahre Gefängnis.

Sonderautonomie

Die Verurteilten werden beschuldigt, am 4. April 2004 das Waffenlager der Militäreinheit in Wamena überfallen und 27 Gewehre und Munition gestohlen zu haben. Bei dem Einbruch wurden zwei Soldaten getötet.

Der Einbruch führte zu brutalen Operationen des Militärs in den folgenden Monaten, bei denen fünf Dörfer niedergebrannt und viele Menschen erschossen wurden.

Schon vorher hatte das Militärgericht Jayapura neun Soldaten verurteilt, die auch für den Einbruch mit verantwortlich waren. Sie erhielten lediglich Gefängnisstrafen zwischen 6 und 14 Monaten.

Die Verteidiger sagten nach der Urteilsverkündung, sie würden in Berufung gehen. Die Richter hätten ihr Plädoyer nicht berücksichtigt. Das zeige sich daran, dass schon einen Tag nach dem Plädoyer der Verteidigung das Urteil gesprochen sei. (Quelle: Jakarta Post v. 15. u. 16. Januar 2004)

Die Verurteilten:

Kanius Murib	lebenslänglich
Nungungga Telenggen	lebenslänglich
Yaprai Murib	lebenslänglich
Kimanus Wenda	20 Jahre
Des Wenda	20 Jahre
Michael Hesele	20 Jahre
Apot Nogolik	20 Jahre

Kommentar:

Die unnachgiebige Haltung der indonesischen Regierung in Sachen Autonomiegesetz, bei der gültiges Recht missachtet wird, die Militäroperationen in Wamena, die äußerst harten Urteile im Prozess gegen die Waffendiebe und schließlich die plötzliche Festnahme der 13 Führungspersönlichkeiten in Wamena und ihre heimliche Verlegung nach Jakarta kurz vor Weihnachten sind Anzeichen dafür, dass Jakarta mit Gewalt und Härte gegen jede Art von Opposition und Kritik vorgeht. Wenn man sich erinnert, dass die Mörder von Theys Eluay für ihren minutiös geplanten Mord drei Jahre Haft erhielten - einige der Mittäter nur zwei Jahre - und dass der Mord an seinem Fahrer Ari Masoka überhaupt nicht vor Gericht kam, dann fragt man sich allerdings, welches System von Gerechtigkeit dahinter steht. Unseres Erachtens handelt es sich um eine systematische Eskalation von Gewalt und Provokation gegen die ohnehin rassistisch diskriminierte Papuabevölkerung. Recht und Gesetz werden missbraucht und je nach Belieben ausgelegt.

Papua zum Ende des Jahres 2003 – ein Rückblick

Von Theo van den Broek

Wenn wir uns der Schwelle des Jahres 2004 nähern, lasst uns Rückschau darüber halten, was im Jahr 2003 in Papua geschehen ist. Was soll als das Wichtigste festgehalten werden, in welche Richtung weisen die Entwicklungen? In seiner Ansprache zum Gedenken an die dreijährige Amtszeit von J. P. Solossa und C. Karma als leitende Politiker in Papua sagte Monsignore Leo Laba Lajar: „Die Führerschaft ist nicht nur verwirrt angesichts einer Gesellschaft, die trunken von einer chaotischen Demokratie ist. Sie sind auch sieben mal mehr verwirrt angesichts einer Zentralregierung, die (....) es offensichtlich oft an Weisheit mangeln lässt.“¹ Diese Bemerkung veranlasst uns zu erläutern, was zu dieser Folgerung des Bischofs geführt hat.

Im Rückblick auf das Jahr 2003 gibt es zwei wesentliche Entwicklungen, die von Interesse sind: 1. Die Atmosphäre im Zusammenhang der Aufteilung der Provinz; 2. Der Stand der Sicherheitsfragen. Darum wollen wir von diesen beiden Punkten ausgehen, wenn wir am Ende des Jahres die Entwicklung analysieren.

Die Atmosphäre angesichts der geplanten Aufteilung

Jedem, der im Jahr 2003 in Papua lebte, hat sich sicher eins ins Gedächtnis eingepägt, nämlich der Prozess der Aufteilung der Provinz, der mit der Veröffentlichung der Präsidentenerlasses Nr. 1/2003 eingeleitet wurde. Dieser Erlass war für uns alle ein Schock, weil er völlig aus heiterem Himmel kam. Man hatte ihn nicht erwartet, weil die Frage der Aufteilung der Provinz (in Gegenwart und Zukunft) im Zusammenhang des Gesetzes zur Besonderen Autonomie Papuas Nr. 21/2001 bereits sorgfältig abgehandelt worden war. Das Erscheinen des Präsidentenerlasses Nr. 1 im Zusammenhang der Ausrufung einer neuen Provinz durch den neuen Gouverneurs-Kandidaten, Bram Atururi, im Westen der Provinz Papua ließ viele nicht mehr verstehen, was eigentlich vor sich geht. Auch die Erklärungen der Zentralregierung waren eher verwirrend und trugen nicht dazu bei, diese sprunghafte Politik zu verstehen.

Vom Beginn an gab es breite Proteste gegen Absicht und Durchführung der Bildung einer neuen Provinz im westlichen Teil Papuas. Einige Regierungsvertreter - unterstützt von Rechtsexperten von hoher Glaubwürdigkeit - erklärten, das alles sei ungesetzlich. Besser sollte der Präsidentenerlass Nr. 1 aufgehoben und eine rechtliche Überprüfung eingeleitet werden. Sogar aus Kreisen des Kabinetts wurden Stimmen laut, die die Veröffentlichung den Präsidentenerlasses Nr. 1 hinterfragten. Trotz allem waren wir Zeugen der Tatsache, dass die Dinge einfach durchgezogen wurden. Obwohl als ungesetzlich eingestuft, lief der Prozeß des Aufbaus einer neuen Provinz fast ein ganzes Jahr lang und wurde offensichtlich von starken Kräften in der Zentralregierung unterstützt. Proteste jeglicher Art wurden einfach nicht beachtet. Das ist die bittere Wirklichkeit. Und als ob die Frage einer Teilung noch nicht genug sei, wurden ähnliche Anstrengungen auch im zentralen Teil der Provinz Papua durchgeführt, nämlich in Timika. Dabei war die Art und Weise der Vorbereitung des Aufbaus einer Provinz in Zentralpapua nicht sehr von der im Westen unterschieden. Der Inhalt des Präsidentenerlasses Nr. 1/2003 galt als gesetzliche Grundlage und man arbeitete eher im geheimen; man bemühte sich um die Unterstützung etwa der Mitglieder örtlicher Bezirksparlamente (DPR-D) – außer dem stellvertretenden Vorsitzenden – indem man Unterschriften für eine Unterstützungserklärung sammelte, die man den Leuten ins Haus brachte. Obwohl die örtliche Bevölkerung mit aller Deutlichkeit klar machte, dass man mit dem Aufbau dieser neuen Provinz nicht einverstanden sein, bestand der Vorsitzende des örtlichen Parlamentes in Timika, Andreas Anggaibak, darauf, diese Provinz offiziell auszurufen. Während die meisten Mitglieder der Ortsparlamente unruhig wurden und begannen, ihre Unterstützung zu verheimlichen, verhielten sich Bezirkspräsident (Bupati) und andere Elemente der herrschenden Elite äußerst schweigsam oder ließen den Dingen einfach ihren Lauf. Wer hat schon den Mut, einen einsamen Kämpfer zu unterstützen und dem

¹ Ansprache im Gedenken an dreijährige Führungstätigkeit von J.P. Solossa M.Si und Constan Karma als Gouverneur und Vizegouverneur, gleichzeitig im Gedenken an zwei Jahre Besondere Autonomie der Provinz Papua von Leo Laba Lajar OFM, Bischof der Diözese Jayapura, gehalten im Namen von religiösen und anderen Würdenträgern am 23. November 2003.

Hintergrund

„Widerstand des Volkes“ entgegenzutreten? Dieselbe Frage stellte sich, als Bram Atururi seine Aktivitäten in Manokwari begann! Die Antwort ist nicht ganz einfach, obwohl es deutliche Hinweise gibt, dass der Nationale Sicherheitsdienst (BIN) eine wesentliche Rolle spielte.

Wir alle wissen, dass die Proklamation der neuen Provinz in Timika am Ende viele Opfer forderte. Nach Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern waren fünf Todesopfer zu beklagen. Zusätzlich gab es geheimnisvolle Anschläge, die sich gegen Fahrer von Motorradtaxi richteten (2 Personen starben). Wer ist für diese Bluttaten verantwortlich? Und warum wurde all dies zugelassen? Derartige Fragen stellten sich den Beobachtern.

Das Chaos, das alle Versuche der Aufteilung der Provinz begleitete und das hier dargestellt wurde, ließ Fragen entstehen, die nicht beantwortet wurden. Aber es hatte auch eine Reihe wichtiger Folgen, die das soziale Klima in Papua in Gegenwart und Zukunft bestimmen.

- (1) Eine der Folgen ist der **Verlust von Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der Regierung auf allen Ebenen**, auf der Ebene der Bezirke (Kabupaten), der Provinz und der Zentrale. Wieder fühlt sich die Gesellschaft übergangen, sogar betrogen, denn Dinge, die bereits im rechtskräftigen Gesetz über die Besondere Autonomie (Otsus) beschlossen wurden, wurden missachtet. Erneut wurde ein Versprechen nicht eingehalten.
- (2) Ein weiterer bestimmender Faktor ist, dass die **Umsetzung der Besonderen Autonomie stockt**. Das wurde durch die Politik der Zentralregierung bewirkt, die gegen den Inhalt des Gesetzes Nr. 21/2001 (Otsus) verstieß und sich bis heute weigert, den Volksrat der Papuas (MRP) einzuberufen, dem eine Schlüsselrolle im Prozess der Formulierung von Gesetzen für Papua zukommt. Es ist schwer, sich dem Eindruck zu entziehen, der ganze Vorgang der Aufsplitterung sei teilweise mit der Absicht begonnen worden, die Durchführung des Gesetzes zu behindern, dessen Inhalt – nach Meinung einflussreicher Leute in der Zentralregierung – schon heute der Bevölkerung Papuas zuviel Freiheit gibt, sich von der staatlichen Einheit der Republik Indonesien abzusondern. Deswegen möchten einige Stimmen auf der Ebene der Zentralregierung das Gesetz (Otsus) in wesentlichen Punkten ändern. Nach letzten Informationen wurde dieser Prozess bereits begonnen. Man bekommt den starken Eindruck, dass Geist und Ziel der Autonomie, wie es von den Führern Papuas konzipiert wurde, in Wahrheit von der Zentralregierung zum Scheitern verurteilt wurde.
- (3) Der Prozess der Aufteilung der Provinz hat zu einem **Konkurrenzkampf innerhalb der Elite Papuas** geführt. Offensichtlich gibt es eine Reihe unterschiedlicher Zielrichtungen, die sich oft mit persönlichen Ambitionen verbinden. Im Ergebnis ist die Solidarität innerhalb der Führung Papuas nicht länger erkennbar, so dass die Leute den Eindruck gewinnen, sie hätten gar keine Führung mehr. Unterschiedliche Interessen auf der Führungsebene neutralisieren die Wirksamkeit der Arbeit der Provinzialregierung und aller mit ihr verbundenen Institutionen. Es gibt gelegentlich private Äußerungen eines Staatsbeamten, aber das ist wenig überzeugend, so dass niemand richtig zuhören möchte. Die Zentralregierung achtet kaum darauf und folgt ihrer eigenen Strategie. In letzter Zeit hört man häufig Staatsbeamte auf Provinzebene in Papua sagen: „Wir warten auf eine Entscheidung aus der Zentrale.“ Als ob sie keine Kraft mehr hätten, selber den Streit fortzusetzen; als ob die Behörden das Gefühl hätten, ihnen fehle die Kompetenz, die Provinz Papua zu verwalten; während die Leute meinen, sie würden von ihren „Hirten“ im Stich gelassen.
- (4) Konkurrenz auf der (hohen) Beamtenebene führt auch zu **Spaltungen auf der Ebene der normalen Gesellschaft**. Jede Fraktion Für oder Wider sammelt Unterstützer um sich. Offensichtlich finden sich auch immer einige, so dass am Ende die Gesellschaft als solche zerspalten ist. Das grundlegende Element im Bemühen, die Leute zu umgarnen lautet: „Es wird viel Geld geben; jetzt wird alles von Jayapura aufgezehrt.“ Deutlich beruht das Werben von „Unterstützern“ nicht auf einer gesunden Diskussion, es beruht nicht auf korrekter und kritischer Information, sondern auf Emotionen und Enttäuschungen der Leute, die sich ganz einfach bewegen lassen, Angebote ernst zu nehmen. Das kann normale Bürger in die Irre führen und führte in Timika schließlich zu großen Opfern. Es brachte die Gesellschaft in einen horizontalen Konflikt.

Kurz, die Atmosphäre unübersichtlicher Spaltungen war von außerordentlichem Einfluss auf das Leben der Gesellschaft Papuas während des letzten Jahres. Und alles in allem ist dieser Einfluss negativ, denn er zerstört mehr als er aufbaut. Es ist keine Übertreibung, wenn der Bischof von

Hintergrund

Jayapura sagt, die „Gesellschaft sei trunken von einer chaotischen Demokratie“, während die Führungsebene Papuas „durch die Politik der Zentralregierung siebenfach verwirrt sei“.

Der Stand der Sicherheitsfragen

Die zweite herausstechende Entwicklung in diesem Jahr war das Ausbrechen von Gewalt, insbesondere in der Region des Zentralgebirges. Am 5. April wurde in das Waffenlager des Militärpostens (Kodim) in Wamena eingebrochen. Dieser Zwischenfall wurde zum Anlass für eine Militäraktion, die viele Opfer forderte (einige starben, andere wurden verhaftet, misshandelt, mussten fliehen, fürchteten sich, wurden bedroht usw.) Selbstverständlich kann der Einbruch in ein Waffenlager nicht hingenommen werden und eine energische Aktion nach einer kritischen und objektiven Untersuchung wäre eine angemessene Antwort. Aber erstaunlicherweise wurde sofort eine Militäroperation begonnen, als ob schon klar sei, wer eingebrochen habe und wer die Täter seien. Das Schema von Durchkämmen und Vernichten, welches durch das Militärs (TNI) angewendet wird, ist für Papua nichts Neues. Nach dem gleichen Schema wurde während des Abepura-Zwischenfalls im Jahr 2000 verfahren und ebenso beim Zwischenfall in Wasior (2001). Darüber hinaus wurden zur Durchführung der militärischen Operation lokale Truppen sofort durch Truppen von außerhalb Papuas verstärkt. Dazu wurden auch Sondertruppen (Kopassus) eingeflogen, die – offiziell – gerade im Februar 2003 aus Papua heraus verlegt worden waren.

Die Militäroperation wurde unter anderem von einer Reihe Nichtregierungsorganisationen sowie religiösen und traditionellen Führern kritisiert. Es wurde bemängelt, dass es keine Untersuchung zu diesem Zwischenfall gegeben habe, wogegen die Zielgruppen der Aktion bereits im Voraus geographisch festgelegt wurden. Das beruhte nicht auf den Ergebnissen einer sorgfältigen Untersuchung und Identifizierung der Täter. Bemängelt wurde auch die Selbstverständlichkeit, mit der die Freiheitsorganisation (OPM/TPN) des Diebstahles der Waffen angeklagt wurde, ohne zu unterscheiden, wer wirklich beteiligt war und wer nicht. Im Ergebnis wurde die gesamte Bevölkerung der Region zum Ziel der Militäroperation. Jeder konnte zum Opfer werden, ob nun schuldig oder nicht.

Eine Reihe von Ergebnissen aus einem detaillierten Bericht des gemeinsamen Untersuchungsteams von Menschenrechtsorganisationen – das unter anderem seine Untersuchungen auf Bitten der religiösen Führer Papuas durchführte – wurde von den Sicherheitskräften als unwahr abgetan. Schließlich hat dieser Bericht aber doch die Nationale Menschenrechtskommission (KomNasHAM) zum Eingreifen bewegt. Nach einem Besuch im September 2003 hat KomNasHAM die Ergebnisse seiner Untersuchung dem Staatsoberhaupt vorgelegt (November 2003). Es wurde entschieden, dass der „Fall Wamena“ noch einmal von KomNasHAM überprüft werden soll. Grund dafür waren deutliche Hinweise auf grundsätzliche Verstöße gegen die Menschenrechte durch die Armee (TNI).

Natürlich hatte die besagte Militäraktion nicht allein in der Gegend von Wamena die Bevölkerung erschüttert, sondern alle, die sich aktiv für die Verwirklichung von „Papua - Land des Friedens“ und damit für eine wahrhafte Durchführung der Gesetze einsetzen. In dieser Situation schockierten uns erneut zwei Akte erschreckender Gewalt: 1) im Bezirk Paniai, im Kreis Sugapa, Ugimba am 3. November 2003, der fünf Opfer forderte und 2) im Bezirk Jajawijaya, im Kreis Bolakme, Yalengga am 5. November 2003 mit zehn Todesopfern. In Ugimba wurden fünf Tischler ermordet oder so schwer verwundet, dass sie starben; es geschah einfach so. In Yalengga wurden zehn Menschen erschossen, weil man sie separatistischer Aktivitäten beschuldigte. In beiden Fällen geht es um kaltblütigen Mord; in Ugimba durch eine unbekannte Gruppe; in Yalengga durch die Armee. Die Berichte in der Zeitung Cenderawasi Post (CePos) über diese beiden Fälle, insbesondere den von Yalengga einschließlich entsprechender Fotos, waren schrecklich. Sogar die Jakarta Post vom 7. November 2003 konnte in ihrem Teil „Meinungen“ unter dem Titel „Leben ist billig in Indonesien“ ihren Ärger über die Armee (TNI) nicht verbergen. Ein Foto in der Indonesia Pos zeigt vier Soldaten, „die den Körper eines OPM Kämpfers wie ein Tier behandeln, das gejagt und erschossen wurde.“

Was empfinden Bürger Papuas, wenn sie mit derart aufrührender Gewalt konfrontiert werden? Natürlich fühlen sie sich getroffen und unsicher. Man fühlt sich schutzlos und hält sich möglichst ruhig. Oder man unterstützt die Operationen des Militärs. Das gilt für Beamte, die der Gesellschaft

Hintergrund

nicht zu größerer Ruhe verhelfen. Allmählich wird normalen Bürgern deutlich, dass ihre Sicherheit nicht länger garantiert ist. Das Gefühl wird angesichts einer Reihe anderer Geschehnisse stärker, die zur Formung der gegenwärtigen sozialen Atmosphäre beitragen.

- (1) Eine dieser Entwicklungen, die die gegenwärtige Stimmung in Papua bestimmen, ist die **Bildung der Rot – Weißen Verteidigungsfront** (Front Pembela Merah Putih, FPMP) in Timika, über die in der Zeitschrift Radar Timika vom 12. November 2003 berichtet wurde. Jedermann weiß, dass diese Organisation von Eurico Guterres geleitet wird, einem Führer der nationalistischen indonesischen Miliz, die für ein Großteil der tödlichen Gewalt in Osttimor vor einigen Jahren verantwortlich war. Die Menschen in Timika versuchten einen Protest gegen die Bildung der FPMP, konnten sie aber nicht verhindern. In ihrem Büro im Hauptquartier des Militärs (Koramil) in Timika wurde die Führung der FPMP, Zweigstelle Timika, eingesetzt und über Radio Timika bekannt gegeben. Nach dem „Bürgerkrieges“, der im Zusammenhang der Proklamation der neuen Provinz stattfand, beunruhigte die Gründung der FPMP die Menschen erneut, denn es ist nicht deutlich, welche Art Aktivitäten diese Organisation plant. Allerdings kennt jedermann die Bösartigkeit eines Nationalismus im Stile von Eurico Guterres.
- (2) Es entsteht der Eindruck, dass die Freiheit der Rede mehr und mehr eingeschränkt wird. Mit verhältnismäßig kurzem Abstand wurde eine gemeinsame Instruktion des Gouverneurs, des Oberbefehlshabers des Militärs, des Polizeichefs und des Oberstaatsanwaltes am 10. November herausgegeben, die **jede Art Feierlichkeit in Verbindung zum 10/11 November**, dem Jahrestag der Ermordung von Theys Eluay, **und 1. Dezember**, dem heimlichen Nationalfeiertag der Tag Papuas **verboten**. Erstaunlicherweise - und das ließ Leute sich wahrhaftig „siebenfach verwirrt“ fühlen – kommentierte der **Innenminister** Hari Sabarno dieses Verbot folgendermaßen: „Jetzt ist nicht die Zeit zu verbieten, aber gib dem Willen eines Teiles der Bevölkerung Papuas nicht zu viel Gewicht.“ (Harian Suara Penbaruan, 11. November 2003). Kurz, er sagte: **Lasst es durchgehen, aber übertreibt es nicht**. Dem folgte am 11. November eine Warnung des Oberstaatsanwaltes in Papua, **das Buch über Theys Eluay aus dem Verkehr zu ziehen**. Dies Buch von Dr. Benny Giay, das gerade am 25. Oktober 2003 erschienen war, erzählt die traurige Geschichte, die in der Nacht vom 10. zum 11. November 2001 geschehen war. Das Buch wird mit folgenden Gründen verboten: 1) es kann die Gesellschaft beunruhigen und 2) es kann eine negative Sicht der Regierung bewirken. Ein oder zwei Tage später, am 13. November, wurde **die Erinnerungstafel für Theys in Entrop durch Sicherheitskräfte entfernt**. Der Grund war, dass der Text der Tafel „Sätze mit schlechtem Unterton“ enthalte, so in der Zeitung CePos vom 14. November 2003.
- (3) In der Zwischenzeit spricht die Polizei von der **Operation Reiskuchen**² während des Ramadan, die von der **Operation Kerze** zu Weihnachten abgelöst werden soll. Gemeint sind Razzien, die die Sicherheit erhöhen sollen. Die Absicht wird nirgends erläutert, aber die Nachricht des Polizeichefs, dass während Idul Fitri 4.000 Sicherheitskräfte (CePos, 18. November) eingesetzt werden, vermittelt den Eindruck, als stehe Jayapura kurz vor einer Explosion. Ähnliches gilt offensichtlich auch für andere Städte, und zwar besonders um den 1. Dezember 2003 herum. In Sorong haben die strategischen Sondertruppen ihre Zelte gerade vor der Kirche „Maranatha“ der Evangelischen Kirche Papuas (GKI) aufgestellt. Von dort aus wollten sie die Sicherheit der Stadt sicherstellen. Die Atmosphäre des „Verdachts“ wurde bestärkt durch die Nachricht aus der Zentrale, dass der Chef des Stabes des Heeres (KSAD), General Ryamizard Ryacudu alle aufgefordert hatte, die Sicherheitslage in Papua besonders zu beobachten, denn fremde Elemente begännen „ihr Spiel zu spielen“. „Wir müssen aufpassen, denn sie wollen Papua unterminieren und aufrühren und es dann abtrennen“ (Media Indonesia, 27. November 2003). Ähnlich wichtig ist eine zusätzliche Bemerkung eines Mitgliedes einer parlamentarischen Kommission (DPR), Tasril Ananta Baharuddin, der sagte, die neuste Methode der Intervention der fremden Elemente geschehe über Forschungsinstitute und Nichtregierungsorganisationen (NRO), die ihre Aktivitäten unter dem Vorwand von Demokratie, Menschenrechten und Umweltschutz durchführten (Media Indonesia vom 17. November 2003). Nach solchen Äußerungen ist absehbar, dass beinahe jede kritische Stellungnahme durch diese Organisationen als Unterstützung der separatistischen

² Reiskuchen (Ketupat) ist ein Reisgericht, das in einem aus jungen Kokosblättern eingepacktem Paket gekocht wird. In Ostindonesien hat das Wort eine doppelte Bedeutung. Es meint auch eine boxende Faust. Vermutlich ist die Doppeldeutung beabsichtigt (U.H.).

Hintergrund

Bewegung gedeutet werden kann. Natürlich wird der Arbeitshorizont einer jeden Institution, die in kritischer bürgerlicher Sicht die Entwicklung in Papua darstellt, von Tag zu Tag enger.

Back to Business / Überdruss

Wenn man auf die Entwicklung der letzten fünf Jahre zurückschaut, kann man verschiedene Stufen unterscheiden. Sie lassen sich in etwa folgendermaßen bestimmen:

- 1) **Stufe der Neubelebung:** Im Jahr 1998 brach die Bevölkerung Papuas ihr Jahrzehnte langes Schweigen. Motiviert durch Entwicklungen auf nationaler Ebene begannen sogar die Papuas, Erneuerung (**reformasi**) zu fordern. Lange unterdrückte Wünsche der Bürger wurden ausgesprochen, Höhepunkt war ein Treffen mit dem damaligen Präsidenten Habibie im Februar 1999.
- 2) **Stufe der inneren Organisation:** Nach dem Treffen mit Präsident Habibie begannen sich die Papuas in einer Massenbewegung zu organisieren. In zwei großen Versammlungen wurde die Bewegung in eine Organisation gefasst. Die erste dieser Versammlungen fand im Februar 2000 in Sentani statt, die sog. Große Konferenz; die zweite wurde in Jayapura im Mai 2000 durchgeführt, der Zweite Papuakongress. Mit diesen beiden Versammlungen wurde die formlose Bewegung organisiert und ein Dialog mit der Regierung (Präsident Abdurrahman Wahid) eingeleitet. Offensichtlich war der Präsident recht offen für den Dialog, der durch die Vertreter der Bevölkerung Papuas erbeten wurde.
- 3) **Stufe der Konfrontation zwischen zwei Annäherungen:** Nach dem Zweiten Papuakongress wurden in der Zentralregierung Stimmen laut, die die Auflösung der Bewegung in Papua forderten, wenn nötig mit Gewalt. Blutige Zwischenfälle geschahen in Abepura, Wamena und Merauke (Oktober bis Dezember 2000). Die **Wendung zur Gewalt** erreichte ihren Höhepunkt in der Ermordung von Theys Eluay am 10. November 2001. In der Zwischenzeit hatte Präsident Abdurrahman Wahid zurücktreten müssen und wurde durch Megawati Sukarnoputri ersetzt (Juli 2001). Diese Wendung zur Gewalt wurde beantwortet mit dem Versuch eine **Wendung zum Frieden** herbeizuführen. Obwohl die Bevölkerung wegen der blutigen Zwischenfälle sehr niedergeschlagen war, ließ sie sich durch eine Anzahl vertrauenswürdiger Organisationen bitten, einen Kurs des Friedens und offenen Dialoges einzuschlagen. In diesem Rahmen wurden zwei Dinge sehr wirksam entwickelt: 1) den Slogan „Papua - Land des Friedens“ mit Inhalt zu füllen und 2) Leitlinien zur Besonderen Autonomie für Papua zu formulieren.

Die Entwicklung des Konzeptes „Papua - Land des Friedens“ wurde durch eine Reihe wichtiger Konferenzen voran getrieben - unter anderem eine Konferenz zur Einrichtung einer Friedenszone im September 2002 und ein Workshop „Aufbau einer Friedenskultur“ im November 2002. Eine besondere öffentliche Demonstration war die „Prozession des Friedens“ am 21. September 2002 in Jayapura, an der alle wichtigen Regierungsbeamten, religiöse Führer und zivile Organisationen teilnahmen. Unterdessen erarbeitete die intellektuelle Führung Papuas eine Erläuterung der Besonderen Autonomie für Papua und übergab sie im Oktober 2001 der Zentralregierung. Die Inhalte der Besonderen Autonomie wurden als praktische Hilfsmittel zur Realisierung des Strebens nach einem Papua als Land des Friedens dargestellt.

- 4) **Stufe der Zersplitterung:** In den Jahren 2001 und 2002 konnte man andere Sichtweisen spüren, insbesondere was die Sicht der Besonderen Autonomie als Mittel zur Überwindung von Konflikten angeht. Diese unterschiedlichen Sichtweisen tauchten in allen Kreisen auf und führten zur Bildung von Pro- und Kontra-Lagern. Ganz offensichtlich wurde dadurch der Fortgang der Umsetzung der ursprünglichen Gesetze zur Besonderen Autonomie stark behindert. Ein geordneter Prozess der Umsetzung konnte nicht vorankommen.

Die Atmosphäre wurde durch eine Reihe blutiger Zwischenfälle noch chaotischer: Wasior (2001), die Ermordung von Theys (2001), Timika (2002) und Wutung (2002). Es wundert nicht, dass dies die Menschen verunsicherte und aufwühlte. Weiterhin wurden einige Themen zu einer Saat der Furcht: das Gerücht über die Bildung der Rot-Weißen Milizen, die Rolle der militärischen Hilfstruppen (TBO), Aktivitäten der paramilitärischen Jihad-Kämpfer, die Männer mit den Masken, die Operation Matoa. Kein Wunder, dass sich die Bevölkerung in wachsendem Maße verwirrt und gestört fühlte.

Hintergrund

Mitten in diese Unruhe hinein wurde der Präsidentenerlass 1/2003 veröffentlicht, der die Atmosphäre weiter erhitze und die Leute erneut zur Überprüfung ihrer Haltung zwang. Ergebnis war eine wachsende Zersplitterung der Gesellschaft. Dazu kamen Gewaltausbrüche, die die Stimmung im Land seit April 2003 verdunkelten und die Gesellschaft lahm legten. Schließlich gab es keine Stimme mehr, die die Papua als Einheit vertreten oder vereinigen konnte. Die Beamtenschaft der Regierung ist in sich selbst zerstritten; das Parlament kann seine Stimme nicht erheben, weil es zwischen der Ablehnung der offiziellen Besonderen Autonomie (Otsus) und der Ablehnung des Präsidentenerlasses Nr. 1/2003 gefangen ist. Nur die religiösen Organisationen können sich noch äußern, aber ihre Stimme ist nur schwach. Das Ergebnis ist: Die Umsetzung der Besonderen Autonomie (Otsus) ist völlig blockiert, was umgekehrt bedeutet, dass die Instrumente zur Lösung einiger wichtiger Probleme in Papua fehlen. Die Provinzregierung ist in sich selbst uneinig, die Volksvertretung zeigt wenig Initiative, eine ängstliche Bevölkerung weiß nicht mehr, wohin die Reise gehen soll. Wichtig ist, die Bevölkerung Papuas, die Beamten eingeschlossen, sind dieser Entwicklungen im wachsenden Maße überdrüssig. Offensichtlich fügen sie sich in ihr Schicksal, weil ihnen doch niemand zuhört. Apathie und Frustration breiten sich in der Bevölkerung aus, so dass die Leute leicht zu Gewalttätigkeiten überredet werden können. Ist die Gewalt von Paniai vielleicht ein Warnzeichen in diese Richtung? Aber auch an ganz gewöhnlichen Orten, etwa in den Städten, gibt es Gewalt. Die Kriminalität nimmt zu. Inmitten dieser völligen Lähmung – und die ist sicherlich nicht im ausländischen Einfluss begründet, den der Stabschef der Armee (KSAD) zu erkennen glaubt – können sich in Papua diejenigen, die „ihr Spiel spielen“ wollen, frei bewegen. Es ist wahr, wir leben in einer Demokratie, die immer chaotischer wird.

Schlussbemerkungen

Angesichts all dieser Entwicklungen, die wir hier analysiert haben, ist es nicht übertrieben, wenn Bischof Leo Laba Ladjar OFM zum Ergebnis kommt, dass wir alle siebenfach verwirrt seien. Die Sorgen der religiösen Führer angesichts dieser Entwicklungen werden in der folgenden Stellungnahme deutlich ausgesprochen:

„Wir, die religiösen Führer, fühlen uns wie Zuschauer eines Fußballspiels. Wir sitzen auf der Tribüne und verfolgen das Spiel auf diesem Feld ... Einige spielen den Ball allein und kümmern sich nicht um ihre Mitspieler. Einige gehen gemütlich herum, einige sogar weit weg vom Spielfeld. Andere schießen den Schiedsrichter an. Wieder andere treten nach dem Trainer und zwingen ihn, alles Geld herauszugeben, so dass sie es schnell in den Ecken des Spielfeldes ausgeben können. Wir sehen das alles von der Tribüne. Wir rufen und erinnern daran, an den Fehlern zu arbeiten und sich an die Regeln zu halten. Manchmal verlieren wir die Geduld und möchten selber über die Barriere springen und beim Spiel mitmachen. Aber das können wir nicht. Das ist nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist zu rufen, unterstützend oder tadelnd und vielleicht auch beschwörend. Aber wir haben das Gefühl, dass unsere Stimmen wie die Stimme eines Prediger in der Wüste sind. Unsere Stimmen werden vom Sand verschluckt und bleiben ungehört, denn die Spieler genießen das Gefühl einer chaotischen Demokratie, einer trunkenen Macht, trunken von Projekten und schmutzigem Geld.“

Die konkrete Analyse ist sehr eindeutig. Sie zeigt, dass sich Papua auf einen Zustand hin entwickelt, in dem nicht mehr die Spielregeln (Gesetz und Achtung der Menschenrechte eines jeden Bürgers) gelten, sondern private Interessen. Interessen einer Gruppe oder einer bestimmten Ideologie bestimmen den Gang der Ereignisse. Haben wir uns wirklich von einem Rechtsstaat entfernt und zu einem Interessensstaat hin entwickelt? Wer ist nicht traurig und besorgt angesichts dieser Entwicklungen?

Theo van den Broek, OFM, ist Direktor des Sekretariats Gerechtigkeit und Frieden beim Bischof der Diözese Jayapura

Die Übersetzung aus dem Indonesischen besorgten Uwe Hummel und Hans Martin Thimme

Sehnsucht nach SARS ? Wahlen in Indonesien

Von Uwe Hummel

Kurzer Rückblick

Alle fünf Jahre sind Wahlen in Indonesien – so hatte sogar Suharto den Schein von Recht und Freiheit bewahrt. 1999 gab es nach langer Zeit wieder ein echtes „Fest der Demokratie“. Es traten nicht nur Golkar (berufsständische Gruppen) und die zu Blockparteien verkommenen PPP (islamisch) und PDI (national-demokratisch) an, sondern auch eine ganze Reihe neuer Parteien. Golkar, mit Präsident Habibie an der Spitze, verlor ihr Machtmonopol. Stärkste Fraktion im Nationalparlament wurde die neue Partei der wong cilik, der kleinen Leute: PDI-Perjuangan unter Leitung von Megawati Soekarnoputri. Es reichte ihr aber nicht zur Alleinherrschaft. Die Koalition mit der viel kleineren PKB bringt Abdurrahman Wahid, bis dahin Vorsitzender der Nahdlatul Ulama (der größten Muslimorganisation der Welt), auf den 1. Platz im Staate. Als mutiger - aber leider manchmal allzu flapsiger - Minderheitspräsident wollte er die „Reformas“ umsetzen: Meinungsfreiheit, Rechte für Minderheiten, Zurückdrängung der Macht des Militärs, Vergangenheitsbewältigung. Kurz: Demokratie wagen. Aber von allen Seiten wurde der große Islamgelehrte angegriffen, am schmerzlichsten von fundamentalistischen oder opportunistischen Muslimen. Mitte 2001 musste Gus Dur, wie Wahid liebevoll genannt wird, seine Macht an Vizepräsidentin Megawati Soekarnoputri abgeben. Die Zeit der Reformasi war zu Ende.

Wahlen 2004

Am 5. April sind Parlamentswahlen. Rund 140 Millionen wahlberechtigte Bürger im Alter ab 17 Jahren werden Abgeordnete für das Nationalparlament in Jakarta (DPR), die Provinzparlamente (DPRD I) und die Bezirks- und Stadtparlamente (DPRD II) wählen. Gleichzeitig soll zum ersten Mal eine Art Senat (DPD) gewählt werden, dessen Funktion aber nicht deutlich ist. Er soll keine gesetzgebende Instanz sein und wird daher wohl nur Ehrenloge für traditionelle und religiöse Würdenträger. Als privilegierte Zuschauer haben sie sich hinfort nicht mehr in die aktive Politik einzumischen. Vor diesen Parlaments- und Senatswahlen gibt es aber erst eine dreiwöchige Wahlkampagne, die am 2. März beginnt. Danach folgt eine zweiwöchige „Wahlruhe“. In der Woche vom 21. bis 28. April sollen die Ergebnisse bekannt gegeben werden.

Am 5. Juli werden der Präsident bzw. die Präsidentin und ihr Vize zum ersten Mal direkt vom Volke gewählt. Falls dabei kein eindeutiger Sieger herauskommt, soll es nach Beschluss der Wahlkommission (KPU) am 20. September 2004 einen weiteren Wahlgang geben. Anfang Mai sollen die Präsidentschaftskandidaten registriert werden und am 19. Mai werden sie bekannt gegeben. Die Kampagne für die Präsidentschaftswahlen soll einen Monat dauern, vom 1. Juni bis zum 1. Juli. Danach herrscht von 2. bis 4. 7. Wahlruhe. Am 26. Juli 2004 wird das Wahlergebnis bekannt gegeben. Für den Fall, dass es keinen eindeutigen Sieger gibt, findet vom 30.7. bis zum 5.8.2004 eine zweite Registrierung von Präsidentschaftskandidaten statt. Danach gibt es vom 14. bis 16. September wieder Wahlkampf und danach eine dreitägige Wahlruhe. Am 5. Oktober 2004 muss endgültig der neue Präsident bzw. die Präsidentin und der Vize bekannt gegeben werden, damit schließlich am 20.10.2004 die feierliche Amtseinführung stattfinden kann.

Prognosen

Von den 24 Parteien, welche die am 7. Dezember 2003 abgeschlossene Selektion bestanden haben, werden voraussichtlich PDI-Perjuangan (Megawati), Golkar (Akbar Tanjung) und PPP (Hamzah Haz) die meisten Stimmen auf sich vereinigen können. Dabei wird Megawatis Partei aber viele Stimmen verlieren, weil sie die Armen und einige Minderheiten, die ihre Hoffnung auf sie gesetzt hatten, schwer enttäuscht hat. Arbeitslosigkeit und Verarmung haben unter ihrem Regime zugenommen; die Korruption hat groteske Formen angenommen; Probleme in Randprovinzen (Aceh und Papua) werden

Wahlen

nicht demokratisch, sondern mit brachialer Militärgewalt angegangen. Eingedenk der Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung in breiten Schichten der Bevölkerung ist nicht ganz unwahrscheinlich, dass Golkar wieder einen Comeback macht. Man spricht von der SARS, nicht etwa der Lungenkrankheit, sondern dem Syndrom der akuten Sehnsucht nach Suharto (Sindrom Akut Rindu Soeharto). Auch wenn die PDI-P es doch noch einmal schaffen würde stärkste Fraktion zu werden, so spielt Golkar auf jeden Fall wieder eine große Rolle in der indonesischen Politik. Eine geschwächte Präsidentin Megawati mit einem starken Vize Akbar Tanjung würde konkret bedeuten, dass Golkar regiert, Megawati aber für alle Misserfolge die Verantwortung tragen muss. Es zeichnet sich zudem die Möglichkeit ab, dass die besagten drei großen Parteien wieder, wie in der Suhartozeit, zusammenarbeiten werden. Eine große Dreierkoalition würde zwar Stabilität, aber auch eine neue Phase autoritärer Politik bedeuten. Die einzige realistische Alternative dazu wäre ein außergewöhnlich gutes Abschneiden islamischer Parteien, mit PPP an der Spitze. Ihre Kraft liegt in ihrer für viele glaubwürdigen moralisch-religiösen Verurteilung der KKN (Korruption, Seilschaften und Vettemwirtschaft). Auch haben sie sich noch nicht so beschmutzt wie Golkar und PDI-P. Die Schwäche der islamischen Parteien ist aber, dass sie keine Einheit bilden. Interessant könnte übrigens auch das Abschneiden der Sozialdemokratischen Partei des Gewerkschaftsführers Mochtar Pakpahan, die Partai Buruh Sosial Demokrat (PBSD), werden. Viele Jungwähler, die wenig beeinflusst sind von der antisozialistische Hetze der Suhartozeit, könnten sich für eine radikal neue Richtung entscheiden.

Risiken

Zweifellos sind die diesjährigen Wahlen ein sehr großes Risiko für die Stabilität Indonesiens. Vielleicht mehr als der Wahlkampf, wird die Enttäuschung der Unterlegenen nach den unterschiedlichen Wahlgängen gefährlicher Zündstoff für soziale Konflikte sein. Hinter den Kulissen wird nach wie vor „money-politics“ betrieben. Stimmen und Ämter werden mehr mit Geld, als mit kompetenten Argumenten erworben. Die Verlierer werden sich ihr Geld mit Gewalt zurückholen, oder den Wahlausgang durch Aufwiegelung der Massen und Terror zu stören versuchen. Um das zu verhindern, beabsichtigt der Vorsitzende der nationalen Wahlkommission, Muhammadiyah Syafi'i Maarif, zwar korrumpierte Politiker herauszufiltern. Praktisch wird das aber wohl kaum durchführbar sein und nach der Wahl ist es eh zu spät.

Die Wahlregelgebung ist recht undeutlich und könnte zu Streitereien in der Auslegung führen. Zudem braucht der Wähler nur noch das Logo der Partei anzukreuzen und nicht den Namen eines Abgeordneten, was zur Folge hat, dass Politiker sich der Partei und nicht dem Wähler verpflichtet fühlen. Obendrein ist das Re-call System, ein Instrument der Suhartozeit, wieder eingeführt worden, was die Unabhängigkeit des Parlamentarier einschränkt. Das bedeutet, dass ein Abgeordneter abberufen und ausgewechselt werden kann, wenn er von der Parteilinie abweicht. Die ungewöhnliche Länge der Wahlzeit (möglicherweise 7 Monate) geht gewiss auf Kosten der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, da weniger gearbeitet und wohl kaum investiert werden wird. Zudem wird das „Fest der Demokratie“ an sich sehr viel Geld kosten. Man kann nur hoffen, dass die Wahlen trotz allem Teil eines Gesundungsprozesses sein werden, der allen Menschen Indonesiens zugute kommt.

Aus der Lebensgeschichte von Yosepha Alomang

Im Juni 2003 erschien in Papua ein Buch, in dem Yosepha Alomang ihre Lebensgeschichte erzählt. Yosepha Alomang ist bekannt geworden durch ihre vielen Proteste gegen das Bergbauunternehmen Freeport, das sich in unmittelbarer Nähe ihrer Heimatdorfes etablierte und viel Leid über die Bevölkerung brachte. Yosepha selbst wurde mehrere Wochen in einem Freeport-Container gefangen gehalten. Danach führte sie in den USA einen Prozess gegen das Unternehmen. 2001 wurde sie in den USA mit dem Goldman-Umweltpreis ausgezeichnet. Das Buch wurde von Dr. Benny Giay und Yafet Kambai auf der Basis von Interviews geschrieben und mit Hilfe der Europäischen Union von Elsham-Papua herausgegeben. Wir veröffentlichen hier eine zusammengefasste Wiedergabe der Kapitel über ihre Kindheit, Jugend und Ehe.

Aus der Lebensgeschichte von Yosepha Alomang

Geboren wurde ich etwa im Jahre 1940 im Dorf Tsinga, das in unserer Sprache (Amungkal) Nusulanop heißt. In diesem Dorf lebten viele kleine Familiengruppen, die alle zum Volk der Amungme gehörten. Eine staatliche Verwaltung wie heute gab es damals noch nicht. Als mein leiblicher Vater Nereus Magal starb, heiratete meine Mutter Philipus Alomang. Seitdem gehörte ich nicht mehr zur Sippe Magal, weil ich von Philipus Alomang groß gezogen wurde. So ist das in der Adat der Amungme. Von meiner leiblichen Mutter weiß ich so gut wie nichts. Sie starb, als ich noch ein Baby war. Für mich war Vater Philipus, der mich großzog, auch wie meine Mutter. Schon als ich noch ganz klein war, zog meine Familie von Tsinga nach Belakmakama, weil es die holländische Regierung so wünschte.

Mein Leben als Stiefkind

In der Adat der Amungme hat ein Stiefkind keine Würde und gilt als schlecht. Mein Vater Philipus hatte acht Kinder von einer anderen Frau, zwei Jungen und acht Mädchen, von denen zwei bald starben. Zu der Zeit waren einige der Kinder bereits verheiratet. So lebte ich nicht nur bei Vater Philipus, sondern auch bei den älteren Geschwistern. Als kleines Kind habe ich oft vor Hunger geweint. Denn der Vater war schon alt und oft krank, und konnte nicht mehr im Garten arbeiten. Ich habe ihn dann zu Hause versorgt.

Vater Philipus hatte Mitleid mit mir. Darum hat er oft etwas zu Essen für mich verwahrt, damit es nicht von den anderen mit verzehrt wurde. Er hat die Reste in ein Tuch gewickelt, damit sie von den anderen nicht gesehen wurden. Manchmal hat er sie dann in dem Tuch vergessen und sie wurden schlecht. Meine Geschwister meinten, ich würde ihnen vorgezogen, weil ich sehr viel weniger bestraft und geschlagen wurde als sie.

Dafür wurde ich oft von den Geschwistern geschlagen, denn sie ließen mich spüren, dass ich der Liebling des Vaters war. Sie haben mich einmal mit Feuer gebrannt und haben mir kein Essen gegeben. Dabei habe ich gar nicht verstanden, warum meine Geschwister mich nicht gem hatten. Aber so ist das bei den Amungme. Sie mögen keine Stiefkinder. So musste ich oft selber für mein Essen sorgen. Manchmal ging ich mit anderen Kindern zum Angeln an den Fluss. Und oft half ich den Müttern bei der Betreuung ihrer Kinder, um etwas zu Essen zu bekommen. Was ich bekam, brachte ich zu Vater und wir aßen es gemeinsam.

So machte ich es auch, wenn ich einen Rat von den Alten brauchte. Ich bezahlte ihre Ratschläge entweder mit Arbeit oder mit dem Erlös einer anderen Arbeit. Als ich älter wurde, verstand ich meine Lage immer besser. Ich bemühte mich, Menschen zu helfen, die Hilfe brauchten. Ich rieb sie mit Heilpflanzen ein und säuberte ihre eitemden Wunden. Ich holte Wasser für sie und half alten Leuten, die nicht mehr allein gehen konnten, zum Klo. Auch Frauen, die Probleme beim Gebären hatten, versuchte ich zu helfen.

So verging die Zeit. Ich versuchte immer, mein eigenes Leben zu verbessern. Wem ich half, der versprach seinerseits, mir nach Kräften zu helfen.

Aus der Lebensgeschichte von Yosepha Alomang

An ein Erlebnis erinnere ich mich bis heute. Ich hatte weder Wasser geholt noch war ich in den Garten gegangen. Ich bat Vater weinend um etwas zu Essen. Ich bettelte und umklammerte seine Beine, so dass es ihm weh tat. Vater wurde ärgerlich und schlug meine ältere Schwester.

Aber sobald Vater weg war, ließen die Geschwister ihren Ärger an mir aus. Sie hoben mich hoch und hielten mich über das Herdfeuer bis ich Brandblasen bekam und die Haare auf der Haut versenkt wurden. Ich wurde bewusstlos, und sie brachten mich nach draußen und ließen mich da einfach liegen, bis es anfang zu regnen und ich das Bewusstsein wieder erlangte. Aus Furcht, dass sie mich wieder schlagen würden, wagte ich nicht, zurück ins Haus zu gehen sondern kroch unter den Abort. Wenn die Leute früher einen Abort brauchten, bauten sie eine kleine Hütte mit einem Podest am Flussufer. Dort verrichteten sie ihre großes und kleines Geschäft. Und dort schlief ich unter dem Boden. Die Leute, die aufs Klo gingen, merkten gar nicht, dass ich da war, und der Kot fiel auf meinen Rücken. Ich wurde ganz dreckig von Kot und Urin.

Daran muss ich bis heute denken. Aber ich rächte mich nicht, sondern versuchte, alles mit Gutem zu vergelten. Von Kind an wusste ich, dass ich ein Stiefkind war. Weil ich mich immer daran erinnerte, versuchte ich zu helfen, wo niemand sonst eingriff, wie etwa in Fragen der Eheschließung.

Es gab im Dort einige wichtige Leute, die man Ekoki, Häuptlinge der Kelanangame nannte. Philipus Kelanangame und auch Fransciscus Kwalik gehörten zum Rat dieser Häuptlinge. Sie hatten große Macht über andere und konnten über Krieg und Frieden entscheiden. Sie gingen bis nach Paniai. Dort begegneten sie den Patres und wurden katholisch. Danach kamen nach und nach immer mehr Pastoren zu uns, Pastor Kornolki und Pastor Kamerer und manche anderen. Einige Amungme halfen ihnen, etwa Nenonal Beanal, der ältere Bruder von Tom Beanal und Moses Kilangin, der Vater von Yopie Kilangin. Moses hat auch ein Lied gedichtet, das ich bis heute auswendig kann:

Seht, die Gemeindelehrer sind da.
Seht, der Pater ist da.
Jetzt leben wir als Freunde zusammen.
Wir fassen uns an der Hand und sind nicht mehr Feinde.
Es soll keinen Streit mehr geben.

Dies Lied wurde während der Versammlungen zur Ausbreitung des Evangeliums in T singa, Jila, Bela und Alama gesungen und viele wichtige Leute halfen bei der Ausbreitung dieser Botschaft. So kam das Evangelium bis nach Agimuga und Belakmakama.

Etwa im Alter von neun Jahren sah ich in Belakmakama zu ersten Mal Indonesier. Sie waren so weiß und ganz anders als die Amungme. Ich angelte gerade am Mugokom. Da sah ich hellhäutige Menschen kommen und lief weg, weil ich Angst hatte. Beim Überqueren des Flusses ertrank ich beinahe. Die Dorfleute nannten sie „Lambau“.¹

Der Stamm muss nach Agimuga umziehen

Wegen der Landwirtschaftsexperten musste unser Dorf von Belakmakama nach Agimuga umziehen. Die Leute, Männer, Frauen und Kinder wurden gegen ihren Willen zum Umzug gezwungen und wie Schweine an Händen und Füßen gefesselt und an ihren neuen Wohnort gebracht. Auch mein Vater musste umziehen, wurde aber nicht gefesselt, weil er freiwillig ging.

Der Stamm als ganzer konnte sich nicht widersetzen. Aber einzelne Dorfbewohner flohen, verbargen sich im Urwald und wurden so von ihren Angehörigen getrennt. Auch ich wurde von meinem Vater getrennt, als er mit den Experten nach Agimuga ging. Dadurch wurde mein Leben noch schwieriger. Ich wohnte einige Zeit bei Onkel Mongol Amisim und seiner Frau Martina Aimin. Das gefiel mir, weil

¹ Dieser Ausdruck kommt wohl von „landbouw“, ein Landwirtschaftsbeamter zur Zeit der Holländer.

Aus der Lebensgeschichte von Yosepha Alomang

sie mich wie ihr eigenes Kind behandelten. Schließlich aber brachten sie mich nach Agimuga, während sie selber nach Belakmakama zurückkehrten. Ich wohnte nun bei meiner verheirateten Schwester Elena Alomang und ihrem Mann. Dort wurde ich oft geschlagen, weil sie nicht mit mir zufrieden waren. Darum blieb ich sehr häufig im Haus der Witwe Ana Timang, die im Nachbarhaus wohnte.

Mama Timang hatte eine Tochter namens Juliana, die etwas älter als ich war und wie ihre Mutter gut für mich sorgte. Wir mochten uns gern und blieben auch nach dem Tod von Mama Timang in diesem Haus. Schließlich heiratete Juliana den Markus Pinimet (Vater von Johanis Pinimet) und zog mit ihm nach Kokonao, wo Markus bei dem dortigen Priester arbeitete.

Ich wohnte dann bei der Krankenschwester Theresia Aminin und Jan Magal, dem Vater von Piet Magal. Schließlich zog ich im Alter von 15 Jahren aus und wohnte bei Tobhias Magal und Geraldus Magal, dem jüngeren Bruder meines ersten Vaters.

Aber auch dort blieb ich nicht lange, weil ich zu Beginn der siebziger Jahre Markus Kwalik heiratete. Niemals wohnte ich lange an einem Ort bei denselben Menschen. Immer wieder bin ich von einem Ort zum anderen und von der einen Familie zu einer anderen umgezogen.

Schulunterricht

Zunächst besuchte ich den Kindergarten in Belakmakama. Dort wurde mit dem Lehrer Bauw aus Fakfak aber nur gemalt und gespielt. Nach der Zwangsumsiedlung nach Agimuga besuchte ich die dortige katholische Grundschule. Es unterrichtete uns Lehrer Ignatius aus Kei. Ich war oft krank, konnte darum nicht genug lernen und musste einige Male eine Klasse wiederholen. Als ich in der zweiten Klasse war, starb mein Vater Philipus Alomang. Das war ein schwerer Schlag für meine schulische Entwicklung. Trotzdem zwang ich mich, zur Schule zu gehen, obwohl sich niemand um mich kümmerte und mir etwas zu essen gab. Ich musste für mich selber sorgen und aß, was ich gerade ergattern konnte.

Manchmal wusste ich nachmittags nicht, wo ich abends schlafen sollte. Es gab ein Haus, aber es war weit weg und es wurde abends auf dem Nachhauseweg schon dunkel und ich musste mich voran tasten. Zwar sah ich unterwegs Leute mit Licht, aber wenn ich sie um etwas Licht bat, schimpften sie nur und gaben mir nichts. Und das alles nur, weil ich ein Stiefkind war. Aber ich zwang mich weiter zur Schule. Ich wurde schließlich in die dritte und auch die vierte Klasse versetzt. Aber an meinen Lebensumständen änderte sich nichts.

Schließlich hatte ich keine Kraft mehr. Ich konnte das dauernde Schimpfen nicht mehr ertragen. Meine Geschwister sagten: „Du bist wohl was Besseres und willst Lehrer werden, was? Dauernd kommst Du und willst etwas zu essen haben. Friss doch einfach Kot oder geh zum Lehrer und friss seine Scham!“

Ich wäre gerne weiter zur Schule gegangen. Aber die Leute redeten soviel und niemand wollte mir zu Essen geben. Lange zwang ich mich zur Schule. Aber schließlich brach ich die Schule im Alter von 15 Jahren mit der vierten Klasse ab und wollte einfach heiraten.

Dabei wollte ich eigentlich wirklich weiter zur Schule gehen wie andere Kinder, um dann mit der Hilfe der Kirche zur Frauenoberschule (SKP) zu gehen. Wer von dort zurück kam, sah wie ein wichtiger Mensch aus. Warum konnten das andere und ich nicht? Warum musste ich die Schule aufgeben? Jetzt weiß ich, wieviele Möglichkeiten ein Schulabschluss bietet. Wer Schreiben und Lesen kann, der kann auch alles andere. Darum versuchte ich nun auf andere Weise in Kursen zu lernen. Ich nahm an einem Kurs mit einem ausgebildeten Heilkundigen teil. Denn ich hatte schon Erfahrungen aus der Zeit, als ich Wöchnerinnen bei der Geburt geholfen hatte, Babies gewaschen und die Plazenta genommen und begraben hatte. Bei meiner Erfahrung fragten mich Doktoren und andere Fachkräfte, wo ich gelernt hätte und welche Medizin ich benutze. Sie staunten darüber, dass ich bei der Entbindung helfen und für die Entfernung einer zurückgebliebenen Plazenta sorgen konnte, die nur

Aus der Lebensgeschichte von Yosepha Alomang

schwer aus dem Mutterleib kam. Dann sagte ich: Ich war auf keiner Schule. Meine Fähigkeiten habe ich in langer Erfahrung bei der Hilfe für werdende Mütter im Dorf entwickelt.

Schulabbruch und Heirat

So brach ich die Schule ab und heiratete. Auch dazu zwangen mich die Alten. Sie sagten: Du hast schon alles Geld verbraucht. Wer soll weiter dein Schulgeld bezahlen? Wer soll für deine Zukunft sorgen? Mit all der Unruhe machten mir die Alten nur Angst. Darum heiratete ich schließlich im Alter von 15 Jahren² zu Beginn der Siebziger Jahre Markus Kwalik. Der war damals etwa 30 Jahre alt. Wie ich meinem Mann zum ersten Mal begegnet bin, weiß ich schon gar nicht mehr.

Ich weiß aber noch, dass es damals im Dorf das Fest „tem“ gab, ein Adatfest, auf dem sich junge Leute kennen lernen sollen. Zu Beginn des „tem“ versuchte Markus, meine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Mit einer von Männern angewandten „Medizin“ gewann er sie und ich hatte ihn gern. Ganz unbewusst musste ich jeden Tag an ihn denken. Schließlich folgte ich ihm nach Belakmakama und wir heirateten dort nach der Sitte der Adat.

Meine Geschwister verfolgten meinen Mann und mich bis Belakmakama und wollten uns nach Agimuga zurück holen. Besonders Geraldus Magal wollte mich möglichst schnell zurückholen. Denn mein Mann hatte keinen Brautpreis bezahlt. So will es unsere Adat und so kam ich nach Agimuga zurück. Aber dort hatte ich wieder andere Schwierigkeiten, weil ich nicht mehr Jungfrau war. So ging ich doch wieder nach Belakmakama und lebte mit meinem Mann zusammen. Ich folgte nicht den Alten, sondern meinem Mann, den ich liebte.

Ich wollte gern kirchlich heiraten. Mir reichte die Heirat nach der Adat nicht. Aber es stellte sich heraus, dass er zur Kingmi-Kirche (Kirche des messianischen Evangeliums in Indonesien) gehörte und ich war Katholikin. Ich hatte der Heirat zugestimmt, weil ich dachte, er sei auch katholisch. Ich hielt alle Amungme für katholisch. Die katholische Kirche war zuerst in unser Gebiet gekommen und die Kingmi-Kirche erst vor kurzem. Markus versuchte immer wieder, mich zu seinem Glauben zu bekehren. Aber ich sagte, ich sei doch katholisch, da könne ich nicht einfach zur Kingmi übertreten. Ich sagte: Sauberes Wasser, das wir geschöpft haben, kann nicht trüb werden. Und trübes Wasser soll man nicht mit trübem Wasser auffüllen. **(steckt da ein Fehler irgendwo?)** Sauberes Wasser bleibt sauber und trübes Wasser trübe.“ Das heißt, ich konnte nicht gleichzeitig in zwei Kirchen sein. Und ich war ja auch Leiterin einer katholischen Frauengruppe. Wir beteten für die Kranken und halfen Familien im Trauerfall. Ich blieb katholisch.

So kam es nicht zur kirchlichen Trauung. Und der Brautpreis wurde von der Familie des Markus Kwalik auch nicht gezahlt. Weil ich mich vor meiner Familie in Agimuga schämte, versuchte ich selber, ihr zu dem Brautpreis für mich zu verhelfen. Ich überlegte hin und her. Ich hatte vielerlei Beschäftigungen in der Kirche. Ich half ihr, durch den Verkauf von Kuchen zu Geld zu kommen. Ich koordinierte die Säuberung des Dorfes, war Hebamme und ähnliches.

Nach der Adat der Amungme muss der Mann vor der Hochzeit Wertgegenstände und Schweine bezahlen und darf dann die Frau in sein Haus bringen. Aber meine Familie hatte nichts bekommen. Sogar bei der Geburt meines ersten Kindes war noch kein Cent bezahlt. Die Familie des Mannes wollte sich nicht für die Bezahlung des Brautpreises an meine Familie verantwortlich fühlen. Schließlich wollte ich selber aktiv werden.

Dabei dachte ich darüber nach, warum meine Angehörigen nicht bezahlt werden sollten, wie andere Familien. Das durfte nicht sein. Also musste ich selber etwas tun. Aber bei solchen Gedanken musste ich auch weinen und war dann ärgerlich über mich selbst. Dabei hoffe ich sehr, dass anderen erspart bleibt, was ich erfahren musste.

² Wahrscheinlich war Yosepha schon über zwanzig, wenn sie in den vierziger Jahren geboren wurde, wie sie zu Anfang schreibt.

Aus der Lebensgeschichte von Yosepha Alomang

So half ich später anderen, die in ähnlicher Lage waren wie ich. Ich versuchte, die Probleme der jungen Männer zu lösen, wenn sie heiraten wollten und den Brautpreis nicht bezahlen konnten. Ich habe Vielen zur Ehe verholfen, indem ich selber etwas zahlte. Ich dachte mir, dass ich viele Probleme allein lösen könne und mich nicht auf andere Leute und auch nicht auf meinen Mann zu verlassen brauchte.

Der Ehemann wird zum Trinker

Mein Ehemann trank so viel, dass er im Suff sogar seinen eigenen Urin trinken wollte. Ein ander mal leckte er den eigenen Schweiß und Dreck auf. Ich konnte das nicht aushalten. Ursache für diese Situation war die ABRI, der indonesische Staat und PT. Freeport. Sie brachten den Alkohol ins Land, sie wollten mit Absicht die Papuas mittels des Alkohols ausrotten, sie töteten mich. Sie vernichteten auch meine Familie. Ein anderer Grund, der mich darin bestärkte, mich von meinem Mann zu trennen, war, dass ich häufig für viele Tage weit weg reisen musste, weil ich so viele Probleme der Gesellschaft zu behandeln hatte.

Im Jahr 1991 musste ich nach Fakfak und traf dort Andreas Anggaibak, heute Vorsitzender des Parlamentes des Regierungsbezirkes Mimika. Während meiner Abwesenheit verkaufte Markus ohne meine Zustimmung mein Grundstück, um den Erlös zu vertrinken. Er bekam drei Millionen Rupiah und gab fast alles für Alkohol aus. Als ich zurück kam, beklagten sich meine Kinder: „Der Vater hat das Land verkauft.“ Danach ging ich sofort zu ihm und fragte: „Warum hast du das Land verkauft?“ Seine Antwort: „Was ich verkauft habe, ist die Ernte meines Schweißes. Ich habe ein Recht es zu verkaufen. Aber ich will teilen. Eine Million für dich. Anderthalb Millionen verbrauche ich. Und die restlichen 500.000 Rupiah werden für den Unterhalt der Kinder ausgegeben.“ Daraufhin bin ich gleich weggegangen. Ich habe mich mit meiner Arbeit für die Kirche und gegen PT. Freeport getröstet.

Ich gehöre hierhin und bin hier zu Hause. Er kommt von Bela Alama. Ich sagte, dies Land dürfe nicht verkauft werden. Gott hat es uns zum Gebrauch und nicht zum Verkauf gegeben. Ich habe eingesehen, dass die Heirat mit Markus ein Fehler war. Die Kirche war zu Recht böse mit mir. Ich habe nichts gesagt und nicht widersprochen. Was er mir und den Kindern während dieser Ehe angetan hat, geht über alles Maß. Anstatt zu arbeiten, verkaufte er das Land und trinkt. Er wollte mich sogar mit Pfeil und Bogen erschießen.

Er war nicht wegen der Scheidung wütend, sondern weil ich so oft unterwegs war und so vielen Leuten helfen konnte. Er war eifersüchtig, sogar auf Pater Nato Gobay, mit dem ich damals viel zusammenarbeitete. „Du bist nur betrunken und schlägst uns. Wir wollen uns trennen und du kannst den Schnaps heiraten,“ sagte ich. Darauf sagte er nichts mehr. Vielleicht fühlte er sich schuldig.

Zu Beginn unseres Familienlebens gab es keine Probleme. Ich war in der Kirche als Vorsitzende aktiv und arbeitete als Hebamme. Ich war Vorsitzende der Kooperativen Kalalok und gab diesen Vorsitz erst 1998 auf. Die Hausarbeit teilten wir uns. Ich wusch Wäsche und er sorgte für die Kinder; ich arbeitete im Garten und er kochte. Er war im Anfang gar nicht streitsüchtig, sondern hörte auf mich und unterstützte alle meine Aktivitäten. Das Trinken lernte er, als die Frau eines Mannes aus Tsenawatme Markus bat, ihr bei einem Garten in Kwamki Baru zu helfen. Ich war gerade schwanger mit Yustina. Als er zurückkam, sah ich ihn schwanken. Seitdem gewöhnte er sich ans Trinken. Er änderte sich völlig und gab alles Geld für Alkohol aus. Nach der Geburt von Yustina gab es keinerlei Arbeitsteilung mehr im Haus. Er wollte nicht mehr helfen. Er wollte nicht mehr auf mich hören. Und ich war doch noch Wöchnerin!

Einmal hatte er soviel getrunken, dass es aussah, als wolle er sterben. Ich ging zum Doktor und erklärte ihm, das sei vom Trinken gekommen. Der Doktor gab ihm eine Infusion in beide Arme und gab ihm auch Medizin, eine große und eine kleine. Er sagte mir, bevor ich sie ihm gäbe, sollte ich zwei Tage lang einen Eimer an sein Bett stellen. Nachdem ich ihm die Medizin gegeben hatte, musste er dauernd Wasser lassen. Es stank wie bei einem Toten. Der Doktor sagte, dies Wasser müsse

Aus der Lebensgeschichte von Yosepha Alomang

vergraben werden, man dürfe es nicht einfach wegschütten. Und wenn der Mann nicht den Alkohol, das Rauchen und den Kaffee aufgeben würde, dann würde er sich damit töten.

Als mein Mann wieder gesund war, sagte ich ihm dies alles. „Wenn Du weiter trinkst, werde ich Dich verlassen und Du kannst alleine sterben.“ Aber er wollte nicht hören, und hört bis heute nicht. Sobald er etwas Geld hatte, kaufte er sich Schnaps. Darum war ich gezwungen, mich 1989 von ihm zu trennen. Damals war unser jüngstes Kind Jakolina 8 Monate alt.

Meine Familie sah mich als treibende Kraft der Scheidung. Sie machte mich für die Fehler meines Mannes verantwortlich. Und weil kein Brautpreis gezahlt worden sei, sei ich nun selber für mein Leben verantwortlich. Niemand hatte ein Recht, darüber zu reden, was ich beschlossen hatte. Ich meinte, im Haushalt nichts falsch gemacht zu haben. So trennte ich mich von meinem Mann im Jahr 1989. Natürlich erlaubt die katholische Kirche keine Scheidung. Aber nur ich war katholisch. Mein Mann gehörte zur Kingmi-Kirche. Wir waren auch nur nach der Adat verheiratet und nicht kirchlich getraut.

Ich kannte meinen Mann gut genug und hatte fünf Kinder mit ihm. Aber es kamen noch andere Probleme dazu, die mit der Sippe meines Mannes, Kwalik, zusammen hingen. Die ABRI gebrauchte den Namen Kwalik immer wieder, um mich der Unterstützung des Kampfes von Kelly Kwalik anzuklagen. Sie interessierten sich nicht wirklich für Yosepha.

Meine Entscheidung wurde von vielen Leuten kritisiert. Aber ich blieb fest. Es gibt viele Gründe, warum ich diese schwere Entscheidung fällen musste, obwohl ich eine Frau und Mutter einiger Kinder war. Ich fühle mich jetzt eher erleichtert. Ich kann arbeiten und mich um die vielen anderen Probleme kümmern. Er war so eifersüchtig. Jetzt ist vieles leichter. Ich fühle mich nicht mehr so belastet.

Meine Kinder sagen nichts zu dieser Ehe. Wenn sie einmal darüber reden wollen, werde ich ihnen sagen: „Habt ihr etwa meinen Brautpreis bezahlt?“ Ich habe einen Grund, denn ich habe den Brautpreis für ihren Vater bezahlt. Seine Familie stellt mich auch nicht zur Rede. Ich bin frei, wieder zu heiraten. Ich habe für den Mann bezahlt, nicht er für mich. Er hat so viel falsch gemacht! Seine Familie wird mich nicht zur Rede stellen. – Das gleiche gilt auch für meine Familie. Sie wissen, ich habe selber bezahlt und darum gehöre ich nur mir selber. Nach meiner Meinung ist es nicht verkehrt, wenn sich eine Frau scheiden lässt, solange sie es durchhalten kann. In meinem Fall sagen die Leute: „Markus konnte nicht für Menschen sorgen. Yosepha sorgt für Menschen, für unser Leben und für unser Wohl.“

So reden die Leute. Aber wenn du die Alten fragst, dann sagen sie mit Sicherheit, dass die Adat anderes sagt als das, was Yosepha tut. Nur ganz besondere Leute mit großen Gedanken und Weitsichtdenken so wie ich. Die anderen Frauen der Amungme können nicht so handeln. Ob mein Handeln falsch oder richtig war, lässt sich bis zum Tod nicht entscheiden. Mein älterer Bruder denkt auch so, wenn ich sterben würde, es machte ihm nichts aus. Wenn ich eines gewaltsamen Todes sterben sollte, dann wird er sagen, das Land in Timika gehöre ihm. Er wird es so behandeln wie mich – er tritt auf ihm herum.

Ich habe während meiner Ehe viel gelitten. Aber aus diesem Zustand bin ich wieder erstanden. Viele glauben, ich besäße „hai“. Viele halten mich für eine kluge Frau und eine Weise. Ich werde so betrachtet wie heute in der katholischen Religion ein Pastor oder Frater. Ein „ain“, der „hai“ hat, ist jemand, zu dem man geht, wenn man etwas falsch gemacht hat oder ein Unglück geschehen ist. So werde ich immer um Rat gebeten und soll einen Ausweg zeigen. Im Alter von 15 Jahren heiratete ich Anfang der siebziger in Agimuga. In den Jahren 74, 75 und 76, sagten die Dörfler, Yosepha habe „hai“, weil ich den Überblick hatte und so Probleme lösen helfen konnte.

Aus meiner Ehe mit Markus Kwalik entstammen 6 Kinder. Johanna, die Älteste, wurde 1974 geboren und starb im Alter von drei Jahren, als das ganze Dorf vor der Armee in den Urwald flüchten musste. Sie verhungerte, weil es im Urwald nicht genug zu essen gab. Danach kamen Zwillinge, Elisabeth und

Aus der Lebensgeschichte von Yosepha Alomang

Ela. Ela starb im Jahre 1993, als sie in die vierte Klasse der Grundschule ging. Eigentlich waren nur ihre Beine geschwollen. Aber keine Medizin und kein Gebet halfen ihr.

Elisabeth heiratete mit zehn Jahren Alex Uamang. Aber weil sie sich immer stritten und auf keinen Rat hörten, habe ich sie wieder getrennt. Jetzt wohnt Elisabeth allein, ihr Mann hat aber wieder geheiratet.

Yustina ist 21 Jahre alt. Sie wurde während der dritten Klasse der Mittelschule schwanger und heiratete. Ich wollte, dass sie das Kind nach der Geburt an die Familie des Mannes gibt und selber weiter zur Schule geht. Aber das blieb nur mein Wunsch. Das Kind hat einen Sturkopf und folgt keinem guten Rat. Schließlich habe ich das Einverständnis zur Heirat verweigert. Deswegen ist sie bisher nicht verheiratet.

Yohanis ist 19 Jahre alt und geht in Biak zur Schule. Jakolina wurde im Jahr 1987 geboren und besucht in Jayapura die zweite Klasse der Mittelstufe. Sie wohnt bei Willy Mandowen.

Meine Kinder halten sich alle von mir fern. Vielleicht bin ich zu hart. Selbst wenn sie in Timika oder Tembagapura wohnen, besuchen sie mich selten oder auch gar nicht. Einmal fragte ich Yohanis: „Was möchtest Du gerne werden?“ Er antwortete: „Ich bin ein Mann und muss Mama in ihrem Kampf helfen.“ Ich sagte daraufhin: „Wenn du wie Mama werden willst, musst du zur Schule gehen. Wenn du nicht zur Schule gehst, kannst Du nicht kämpfen wie die Mama. Darum muss Yohanis lernen, wenn Yohanis Mama in ihrem Kampf helfen will.“

Übersetzung aus dem Indonesischen von Hans Martin Thimme, West-Papua-Netzwerk

Arbeitskreis Vierte Welt Magdeburg - Jahresbericht 2003

Von Renate Sattler

Auch unter erschwerten Finanzierungsbedingungen für die Personalstelle des Arbeitskreises, die mit dem zeitweiligen Abziehen der Koordinatorin durch das Arbeitsamt in Verbindung mit dem Bildungswerk des DGB verbunden waren, leistete der Arbeitskreis folgende Aufgaben:

1. Laufende Arbeit

Wir trugen alle Petitionen des West Papua-Netzwerkes mit und verbreiteten Musterbriefe und Hintergrundinformationen an Mitgliedsgruppen des Landesnetzwerkes Entwicklungspolitik Sachsen-Anhalt. Wir begleiteten die im Jahr 2002 begonnenen Schulpartnerschaften in Sachsen-Anhalt durch Vermittlung weiterer Briefkontakte, Weitergabe von Informationen zur Situation in Westpapua und Petitionen an die Lehrer sowie Gespräche mit den Lehrern. Wir nahmen am Internationalen Solidaritätstreffen in Brüssel teil.

2. Ergebnisse der Rundreisen mit dem Mitglied des Papua-Rates Terrianus Bukorpioper und Christina Wambrau, stellvertretende Vorsitzende der Stiftung Manfakwak zur Unterstützung von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen in Biak

Vom 10. bis 23. Juni 2003 luden wir Terrianus Bukorpioper zu der Rundreise "Westpapua – gefesselt Land" nach Sachsen-Anhalt und Berlin ein.

Erfolgreich verliefen die Gespräche mit den entwicklungspolitischen Sprechern der **Landtagsfraktionen der FDP, PDS und SPD** sowie mit der **Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**. Herr Kehl, Landtagsfraktion der FDP, wandte sich bereits an seine Bundestagsfraktion, von der die Nachricht kam, dass sie das Thema Menschenrechtsverletzungen in Westpapua behandeln wolle.

Herr Dr. Eckert, Landtagsfraktion der PDS, informierte die Fraktion über das Gespräch mit unserem Gast und veröffentlichte dies im Rundbrief seiner Partei.

Frau Fischer, Landtagsfraktion der SPD, wird auf dem jährlichen Herbsttreffen des Nord-Süd-Forums der SPD Menschenrechte in Westpapua thematisieren.

Der entwicklungspolitische Sprecher Thilo Hoppe und die Referentin für Menschenrechtspolitik Barbara Meincke der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind zur weiteren Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Vierte Welt und dem Westpapua-Netzwerk bereit, um weitere Hintergrundinformationen für eine Anfrage zu verarbeiten. Sie wollen sich für die Zulassung von Menschenrechtsbeobachtern in Westpapua einsetzen und sind zu Druck auf deutsche Firmen bereit, die an der Zerstörung der Lebensräume der Papua-Völker beteiligt sind. Sie rieten aus Anlaß akuter Menschenrechtsverletzungen und Gefährdung des Referenten nach Rückkehr in sein Land zur Kontaktaufnahme zu den Internationalen Friedensbrigaden. Dieser Kontakt wurde während der Rundreise hergestellt.

Das **Umweltamt Magdeburg** nahm Kontakt zur Klimabündniszentrale auf. Diese ist einverstanden damit, die im Rahmen der Mitgliedschaft der Stadt Magdeburg jährlich für ein Projekt indigener Völker auszureichende Summe in Höhe von 2500,- € für Westpapua zu verwenden. Damit ist für Projekte in Papua ab 2004 die Weiche gestellt.

Ausgelöst durch das Gespräch zwischen **Christina Wambrau und dem Beigeordneten des Oberbürgermeisters** unternimmt die Stadtverwaltung Magdeburgs mit Unterstützung des Arbeitskreises erste Schritte zum Aufbau einer Städtepartnerschaft mit Biak. Die Voraussetzungen dafür werden derzeit geprüft.

Der KED-Beauftragte der **Kirchenprovinz** will sich auf Kirchenebene nach Ansprechpartnern für Westpapua umsehen und in seinem Rahmen die Resolution für ein Referendum in Westpapua unterstützen.

Prof. Fritzsche vom **UNESCO-Lehrstuhl für Menschenrechtsbildung** an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg wünschte im Gespräch mit Herrn Bukorpioper ständige Informationen zur Menschenrechtssituation in Westpapua und will sich in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis und dem Westpapua-Netzwerk im Rahmen der Lehrtätigkeit für Westpapua einsetzen.

Aus dem Netzwerk

Prof. Rolly, Dekan der **Theologischen Hochschule Friedensau** bot das Studium der Sozialwissenschaft für eine Studentin/einen Studenten aus Westpapua an. Die Vorbereitung läuft bereits zwischen Prof. Rolly und Herrn Bukorpioper.

Das **Kultusministerium** unterstützt das Entstehen von **Partnerschaften zwischen Schulen in Sachsen-Anhalt und Westpapua**. Es ist zu einer landesweiten Ausschreibung bereit. Durch die Kontakte sollen Völkerverständigung und Unterstützung der Papua-Völker erreicht werden. Im Rahmen des globalen Lernens sollen Schüler die Möglichkeit zum Austausch über ihren Alltag und ihr Lebensumfeld haben und voneinander lernen.

Begonnen haben die Partnerschaften zwischen der Senior High School und der Junior High School in Biak mit der IGS „Willy Brandt“ und dem Humboldt-Gymnasium in Magdeburg und dem Gymnasium Am Malzmühlenfeld in Schönebeck. Einzelaktivitäten gibt es mit dem Christopherus-Gymnasium in Droyßig und dem Schülertreff Wanzleben. Viele Schüler gaben nach den Workshops Terry Bukorpioper ihre Adressen mit.

Im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg führte die örtliche Presse ein Interview mit Terry Bukorpioper. Von den **Abendveranstaltungen**, in denen Terry Bukorpioper über die Kultur seines Volkes sowie die politische und ökologische Situation in Westpapua sprach, entstanden vor allem Diskussionen in Schönebeck, Wittenberg und mit den Studenten der Theologischen Hochschule in Friedensau. Der Arbeitskreis für Entwicklungszusammenarbeit Friedensau wird mit uns und unserem Partner in Westpapua in Verbindung bleiben und sich an Aktivitäten für und mit Westpapua beteiligen.

Veranstaltungen mit Christina Wambrau zum Thema "Westpapua – Aufbruch der Frauen" vom 9. bis 14.11.2003

Eine weitere Veranstaltung in Friedensau fand mit **Christina Wambrau** statt, die dort den Aufbau eines Krankenhauses in Biak durch die Stiftung Manfakwak vorstellte und dadurch vorangegangene Vorträge über die Situation in Westpapua durch konkrete Handlungsmöglichkeiten ergänzte.

Studenten des Studienganges Entwicklungspolitik äußerten sich erschüttert über den Umgang des indonesischen Militärs und der Regierung gegenüber den Papuas.

Im Auftrag des Umweltamtes Magdeburg führten wir ein Seminar mit **Umwelt- und Frauenorganisationen** in Magdeburg durch, das Frau Wambrau referierte. Die Zusammenarbeit wird hier vor allem zum BP-Projekt vertieft werden.

In Anknüpfung an das Gespräch mit Terry Bukorpioper mit Prof. Fritzsche gab er Christina Wambrau eine Vorlesung für 80 Studenten der Politikwissenschaft. Sie referierte über die politische Situation in Westpapua, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung. Anschließend erfragten Studenten Möglichkeiten zur Recherche über Westpapua und Menschenrechte in Indonesien. Zum **UNESCO-Lehrstuhl für Menschenrechtsbildung** entstand ein kontinuierlicher Kontakt, der durch nachbereitende Gespräche bereits vertieft wurde.

An der **Fachhochschule Stendal/Magdeburg** referierte Christina Wambrau über ihr Land und stellte das Krankenhausprojekt ihrer Stiftung vor. Das Video "Mit den Wäldern sterben die Menschen" ergänzte die Veranstaltung. Die Studenten äußerten sich betroffen. Unter ihnen war ein Mitglied der amnesty international Gruppe Magdeburg. Im Gespräch regte diese Studentin an, Menschenrechtsverletzungen an Frauen in West Papua in die geplante Ausstellung zu Frauenrechten weltweit einzubeziehen. Gespräche mit der Leiterin der ai-Gruppe wurden bereits vereinbart.

An den **Partnerschulen** in Magdeburg, dem Humboldt-Gymnasium und der IGS "Willy Brandt" setzte Christina Wambrau neue Akzente durch die Information über die Bildungs- und Gesundheitsproblematik. Schüler zeigten ihr Briefe, die sie aus Biak erhalten hatten.